

*SOZIALDEMOKRATISCHER
PARTEITAG
1924*

PROTOKOLL
mit dem Bericht der
Frauenkonferenz



J. G. W. Dieß Nachfolger
Berlin 1924

Der Parteitag tagte
vom 11. bis 14. Juni 1924 in Berlin
im preussischen Landtagsgebäude

Die Frauenkonferenz
am 15. Juni 1924 ebendort

Bureau des Parteitages

Vorsitzende:

Otto Wels. — Wilhelm Dittmann.

Schriftführer:

Frau Bengels-Berlin	Engelmann-Annaberg	Wachtel-Weilburg
Frau Christmann-Barmen	Trinks-Karlsruhe	Dreger-Lübeck
Blumtritt-Hof	Martwardt-Lüneburg	Frau Zabe-Hamburg

Mandats-Prüfungskommission:

Berta Thiel-Leipzig.	August Horn-Stettin.
Paul Kieß-Jena.	May Bardin-Königsberg.
Estlein-Breslau.	Karl Müller-Reddinghausen.
Heinrich Wassermann-Schöningen.	Richard Hansen-Kiel.
	Robert Hörlinger-Köln.

Tagesordnung

Mittwoch, den 11. Juni 1924, abends 6 Uhr:

Vorversammlung

Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.
Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Donnerstag, den 12. Juni 1924 und folgende Tage:

1. Bericht des Parteivorstandes.
 - a) Allgemeines. — Berichterstatter: Otto Wels.
 - b) Agitation, Organisation und Kasse. — Berichterstatter: Fr. Bartels, R. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatter: Friedrich Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion.
Berichterstatter: Hermann Müller.
4. Das Organisationsstatut.
Berichterstatter: Rudolf Lipinski, Leipzig.
5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft.
Referent: Wilhelm Helling.
6. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.
Referent: Dr. Hilferding.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Anwesende ausländische Gäste:

de Brouckère, Belgien. Miß Bell, englische Arbeiterpartei. Andersen, Dänemark. Voogd, Holland. Pohl, Deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei. Dan, Russische Sozialistische Arbeiterpartei. Lewin, Russische Sozialrevolutionäre. Dr. Sender, Saargebiet. Franziska L. Caballero, Spanien. Andrés Saborit Colomer, Spanien. M. Fabra Ribas, Spanien.

Geschäftsordnung für die Verhandlungen des Parteitag

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen und die Redner erhalten nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen; sie müssen, falls sie zur Verhandlung kommen sollen, von mindestens 30 Delegierten unterschrieben sein.

3.

Bei der Verhandlung genügend unterstützter Anträge erhält zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungsanträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegierten. Bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder auf Vertagen erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner erteilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schluß der Debatte zulässig.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbständiger Anträge haben zu deren Begründung eine Redezeit von 20 Minuten. Im übrigen beträgt die Redezeit 10 Minuten.

6.

Die Beschlüsse werden mit Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 30 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag erfolgen.

8.

Vor Schluß des Parteitages abreisende Delegierte haben dies dem Bureau anzuzeigen. Ihre Namen sind zu Protokoll zu vermerken.

9.

Der Parteitag tagt vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr.

Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Parteizugehörigkeit.

§ 1. Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundfäden des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist.

§ 2. Ueber die Aufnahme als Mitglied entscheidet zunächst der Vorstand des Ortsvereins. Das Recht des Einspruches hat jede Organisationsleitung im Reiche. Ueber Einsprüche gegen die Aufnahme entscheiden nacheinander Bezirksleitung und Parteivorstand. Wird innerhalb Jahresfrist kein Einspruch erhoben, so gilt die Aufnahme als endgültig.

Gliederung.

§ 3. Die Grundlage der Organisation bildet der Bezirksverband, der vom Parteivorstand nach politischer und wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeiten und politischen Aktionen kann das Gebiet des Ortsvereins in Agitationsgruppen (Bezirke, Sektionen, Distrikte) gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen.

Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Doppelmitgliedschaften sind unzulässig.

§ 4. Die Ortsvereine, Unterbezirks- und Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Partelämter.

§ 5. In allen Leitungen der Organisationen und zu allen Delegationen ist den weiblichen Mitgliedern im Verhältnis ihrer Zahl eine Vertretung zu gewähren.

Zu einem Vertrauensamt der Ortsvereine und Unterbezirksverbände darf nur gewählt werden, wer nach § 2 seit mindestens einem Jahre endgültig Mitglied der Partei ist.

Zu Mitgliedern des Bezirks- und Parteivorstandes sowie der Kontrollkommission und als Kandidaten zu den Gemeinde-, Bezirks- oder Provinzialvertretungen, für Landtag und Reichstag kann nur vorgeschlagen werden, wer mindestens drei Jahre der Partei angehört. Das gleiche gilt für die Delegationen zu den Bezirkstagungen, dem Parteitag und den internationalen Kongressen.

Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 2 und 3 können mit Zustimmung der Bezirksleitung zugelassen werden; gegen die Entscheidung der Bezirksleitung ist die Berufung an den Parteivorstand zulässig.

§ 6. Als Vertreter der Partei gilt nur, wer im Einverständnis mit der Parteiorganisation als Kandidat aufgestellt worden war. Die Ortsvereine stellen die Kandidaten für die Gemeindevahlen im Einverständnis mit der Unter- oder Bezirksleitung auf.

Die Kandidatenaufstellung für die Bezirks-, Kreis- und Provinzialvertretungen erfolgt im Einverständnis mit der Unterbezirks- oder Bezirksleitung auf Unterbezirkskonferenzen.

Die Wahlvorschläge für Landtag und Reichstag werden durch die Mitglieder der Unterbezirksorganisation gemacht, von der Bezirksleitung zusammengefaßt und vom Bezirksparteitag (Bezirksversammlung) beschlossen.

Die Bezirksverbände eines Landes — für Preußen der Parteivorstand im Einverständnis mit den preußischen Mitgliedern des Parteiaussschusses — stellen die Landeswahlvorschläge für den Landtag auf; sie haben in gleicher Weise das Recht, jederzeit die auf Landeswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuersetzen.

Parteiausschuß und Parteivorstand stellen den Reichswahlvorschlag zu den Reichstagswahlen auf und haben das Recht, jederzeit die auf Reichswahlvorschlag gewählten Vertreter abzuersetzen.

Der Ortsverein hat im Einverständnis mit der Unterbezirksleitung das Recht, die Gemeindevertreter abzuersetzen. Dasselbe Recht hat die Bezirksleitung für die Vertreter der in Absatz 1 Satz 3 Abs. 2 und 3 genannten Körperschaften.

Dem Betroffenen sowie der antragstellenden Organisation steht das Recht der Berufung an die Unterbezirks- oder Bezirksleitung oder an den Parteivorstand zu.

Beiträge.

§ 7. Das Eintrittsgeld, das voll den Bezirken verbleibt, beträgt mindestens die Höhe von vier Wochenbeiträgen.

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgesetzt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk oder für einzelne Ortsvereine die Beiträge je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln. Der Wochenbeitrag soll in der Regel für männliche Mitglieder dem Durchschnittslohn einer Viertelstunde entsprechen, mindestens aber 15 Pfennig, für weibliche Mitglieder können niedrigere Beiträge festgesetzt werden.

Für jedes Vierteljahr ist außer den regelmäßigen Wochenbeiträgen ein Wochenbeitrag für die Sozialistische Arbeiterinternationale zu leisten.

Mitgliedern der Jugendorganisation und invaliden Parteimitgliedern kann auf Antrag durch den Bezirksverband Beitragsermäßigung oder Befreiung gewährt werden.

Der jeweilige Bedarf der Parteileitung wird durch Umlage von den Bezirksverbänden in der Weise gedeckt, daß von jeder an die Mitglieder verkauften Beitragsmarke ein vom Parteivorstand in Gemeinschaft mit dem Parteiaussschuß festgesetzter Betrag in Monatsraten an die Zentralkasse abgeführt wird.

Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundrissen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Allmonatlich müssen die Ortsvereine an die Bezirkskassierer und diese an den Parteivorstand Teilzahlungen leisten. Die Abrechnung der Bezirksvorstände mit dem Parteivorstand muß innerhalb eines Monats nach Schluß des Kalendervierteljahres erfolgen.

Zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Prozent ihres Reingewinnes an den Parteivorstand abzuführen.

Berichterstattung.

§ 9. Das Geschäftsjahr der Partei läuft vom 1. April bis 31. März. Vierteljährlich, spätestens mit Ablauf des ersten Monats im neuen Kalendervierteljahr, haben die Bezirksleitungen über die Tätigkeit, die politische und wirtschaftliche Lage im Bezirk und die Verwendung der vom Parteivorstand überwiesenen Materialien und Gelder Bericht zu erstatten. Die hierzu notwendigen Formulare liefert der Parteivorstand.

Parteitag.

§ 10. Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. Aus den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, deren Gesamtzahl 300 nicht übersteigen soll. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Bezirke erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im vorausgegangenem Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind;
2. der Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf;
3. den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission;
4. den vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiaussschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiministationen.

§ 11. Der Parteitag prüft die Legitimationen seiner Teilnehmer, wählt seine Leitung und bestimmt die Geschäftsordnung.

Zu einem Beschlusse des Parteitages ist die Abgabe der Stimmen von mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Anwesenden notwendig.

§ 12. In der Regel findet alljährlich ein Parteitag statt, der vom Parteivorstand einzuberufen ist.

Der Parteitag findet alljährlich statt. Liegen wichtige Gründe vor, so kann er mit Zustimmung einer Dreiviertelmehrheit des Parteiaussschusses um ein Jahr vertagt werden.

Hat der vorhergehende Parteitag über den Ort, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll, keine Bestimmung getroffen, oder kann in dem vom Parteitag bestimmten Ort der Parteitag nicht togen, so hat der Parteivorstand nach Anhörung des Parteiaussschusses den Ort zu bestimmen.

§ 13. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens 8 Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Diese Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen.

Anträge von Parteiministationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens 4 Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

§ 14. Zu den Aufgaben des Parteitages gehören:

1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion;
2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat;
3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission;

4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen;
5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

§ 15. Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen:

1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Parteivorstandes;
2. auf einstimmigen Beschluß der Kontrollkommission;
3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksleitungen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitags ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

§ 16. Die Einberufung des außerordentlichen Parteitags muß spätestens vierzehn Tage vorher im Zentralorgan der Partei in wenigstens drei aufeinanderfolgenden Nummern mit Angabe der Tagesordnung veröffentlicht werden.

Anträge der Parteiorganisationen sind spätestens fünf Tage vor der Abhaltung des Parteitags im Zentralorgan zu veröffentlichen.

Im übrigen gelten für die außerordentlichen Parteitage dieselben Bestimmungen wie für die ordentlichen Parteitage. (§§ 10 und 11.)

Parteivorstand.

§ 17. Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus drei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbefoldeten Beisitzern besteht, und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgang. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhalten hat. Haben die Kandidaten die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

§ 18. Der Parteivorstand führt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die grundsätzliche Haltung der Parteiorgane.

§ 19. Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, in eigenem Namen und aus eigenem Recht alle der Sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltend zu machen.

Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Kein Parteigenosse erwirbt aus seiner Parteizugehörigkeit ein klagbares Recht gegen den Parteivorstand und der Kontrollkommission oder deren Mitglieder.

§ 20. Der Parteivorstand kann jederzeit alle Parteiorganisationen und deren Unternehmungen kontrollieren, Aufschlüsse einfordern und Abrechnungen verlangen. Er hat das Recht, an allen Zusammenkünften aller Parteikörperschaften beratend teilzunehmen, wie bei der Aufstellung und Abberufung von Bewerbern zu den Landtagen und dem Reichstag mitzuberaten.

Der Parteivorstand hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaten entstehen, zu entscheiden.

§ 21. Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitags ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften

oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Uebersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.

Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

Parteiausschuß.

§ 22. Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden in den Bezirken gewählt. Sind im Bezirk mehr als 10 000 weibliche Parteimitglieder vorhanden, so ist außerdem ein weibliches Mitglied zu wählen. Für die Vertreter sind Stellvertreter zu wählen.

§ 23. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteieinrichtungen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitags sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 24. In der Regel alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksverbände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

§ 25. Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontrollkommission von neun Mitgliedern.

Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt.

Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden.

Alle Empfehlungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat.

Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

§ 26. Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts“, Berliner Volksblatt. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen.

§ 27. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlin und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens 20 Mitgliedern bestehen darf.

Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

§ 28. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht oder gemacht hat. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteio rganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt.

Der Ausschluß darf nur von einem Ortsverein — mit Zustimmung des Angeeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses erfolgt durch den Bezirksvorstand, der ihn gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Solange über die Aufnahme eines Mitgliedes gemäß § 2 nicht endgültig entschieden ist, kann der Ausschluß durch eine Mitgliederversammlung des Ortsvereins erfolgen.

Um übrigen entscheidet über die Zugehörigkeit der Partei der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation.

Zur Partei kann ferner nicht gehören, wer einer anderen politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratische Partei wirkt. In solchen Fällen kann der Parteivorstand den Ausschluß mit sofortiger Wirkung aussprechen. Mit dem Ausschluß verliert der Betroffene alle Rechte und Funktionen der Partei. Der Beschluß des Parteivorstandes ist innerhalb acht Tagen dem Ausgeschlossenen und der Bezirksleitung mitzuteilen. Nur der Parteitag kann auf Antrag des Ausgeschlossenen diesen Beschluß aufheben.

§ 29. Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeeschuldigte, innerhalb vier Wochen Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeklagten zu beschließen.

Die Zustellung des schriftlichen Urteils erfolgt durch den Parteivorstand, der es gegebenenfalls veröffentlichen kann.

Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

§ 30. Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

§ 31. Der Ausschluß aus der Partei in Fällen des § 28 Abs. 1 darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu.

Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschlußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den Bestimmungen der §§ 29 und 30 zu.

§ 32. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Wiederaufnahme.

§ 33. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen ist an den Vorstand der Bezirksorganisation des Wohnortes des Ausgeschlossenen zu richten. Vor der Entscheidung ist die Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, zu hören.

Gegen diese Entscheidung steht dem Antragsteller sowohl wie der Organisation, die den Ausschluß beantragt hatte, Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung ist so zeitig beim Parteivorstand anzumelden, daß sie mit den übrigen an den Parteitag gestellten Anträgen veröffentlicht werden kann.

Änderung der Organisation.

§ 34. Änderungen an der Organisation der Partei können nur durch einen Parteitag vorgenommen werden.

Anträge auf Änderung der Organisation können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die die §§ 13 und 14 vorschreiben, veröffentlicht worden sind.

Eine Abweichung von der letzten Bestimmung ist nur dann zulässig, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Vertreter auf einem Parteitag sich für die Abweichung entscheiden.

mit Genossen aus Frankreich, Belgien und England zusammenwirkten, um ein durchführbares Reparationsprogramm auszuarbeiten. Unsere Feinde von rechts und links rechneten, daß der Kapitalismus der Siegnationen dauernd die Macht bewahren werde, sie hielten deshalb unsere Bemühungen für vergeblich, für nutzlos, ja für eine Schädigung des deutschen Volkes. Nun sind die wahren Protektoren der verzweifeltsten Stimmung in Deutschland die Poincaré und Bonar Law nicht mehr die Repräsentanten ihrer Völker. Das englische und das französische Volk haben gegen die kapitalistischen Ausnützer des Friedensdiktats von Versailles entschieden. Gedanken, wie wir sie in den Konferenzen mit den Parteigenossen aus den Bruderparteien einhellig zum Ausdruck brachten, haben sich Geltung verschafft und können auch auf Verständnis bei den Parlamentsmehrheiten Großbritanniens und Frankreichs rechnen.

Waren unsere Parteigenossen in den Ententestaaten nach dem Siege der Feinde Deutschlands geschwächt und einsukharm in ihre Parlamente zurückgekehrt, so können wir nach den glänzenden Wahlerfolgen unserer Partei in Großbritannien und Frankreich hoffen, daß der internationale Sozialismus zur Befriedung Europas und zum Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft entscheidend beitragen wird. Der Nationalismus der Deutschvölkischen wie die Phantastereien der Kommunisten machen das Volk trotz aller Großsprecherei hoffnungslos. Ihr Appell an die Gewalt verwirrt die Köpfe und raubt dem deutschen Volk zuletzt alle Hoffnung.

Der Eifer unserer Gegner auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken, die unerhörten Geldmittel, die diesen Parteien zur Verfügung standen, die Gewissenlosigkeit und Kritiklosigkeit, mit der sie gegen die Sozialdemokratie ankämpften, zwangen unsere Partei vorübergehend in die Defensive. Aber wir sind aus der Verteidigung zum Angriff vorwärts geschritten. Das Ergebnis der Landtagswahlen in Thüringen, in Mecklenburg und in Bayern zeigten uns einen Tiefpunkt der Bewegung, aber das Ergebnis der Reichstagswahl in diesen Ländern, beweist uns, daß wir wieder vorwärts schreiten, daß unsere Genossen trotz allen Elends, trotz aller Not, trotz allen Uebermut der Unternehmerrasse, trotz aller Scharfmacherkünste der großen Bergherren, wieder hoffnungsfreudig in den politischen und den gewerkschaftlichen Kampf eintreten. Wir sind in vielen Teilen Deutschlands aus der Defensive in die Offensive übergegangen.

Überall zeigt sich die alte Opferfreudigkeit unserer Parteigenossen und -genossinnen. Unsere Zeitungen, die außerordentlich schwer unter der Inflation gelitten haben, haben sich erholt. Ihre Auflagen steigen von Woche zu Woche, ihre finanziellen Nöte, die uns zeitweise sehr bedrückten, sind behoben. Der Bildungsdurst unserer Parteigenossen tritt wieder sichtbar in Erscheinung, eine Reihe neuer Organe konnten ins Leben gerufen werden; ihre Verbreitung hat sofort alle Erwartungen übertroffen. Zahlreiche neue Organisationen sind gegründet, alle gefestigt worden; in manchen Orten haben wir Mitgliederzahlen, wie wir sie niemals vorher gezählt haben. Die Wahlen zeigten einen Eifer und eine Selbstlosigkeit der Parteigenossen, auf die wir stolz sind. Mißmut und Verdrossenheit sind überall im Weichen. Hoffnungsfreudigkeit und Vertrauen in die Partei soll wieder so lebendig sein, wie in den besten Zeiten unserer kampferprobten Partei.

Begreiflich war das Erstaunen unserer Freunde im Auslande, daß die deutsche Arbeiterklasse unter den ungünstigen Einwirkungen der letzten Jahre nicht völlig zermürbt wurde, daß unsere Partei trotz allen Ansturms von Völkischen und Kommunisten ihre Organisation und Widerstandskraft aufrechtzuhalten wußte, daß sie trotz aller ungünstigen Faktoren als stärkste Partei,

als die maßgebende Vertretung der deutschen Arbeiterklasse aus dem Wahlkampf hervorging.

Wahl blieb die Partei nicht frei von inneren Konflikten, von scharf ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten. Aber mit voller Zenugtung können wir darauf hinweisen, daß alle Differenzen in der Partei zum Stillstande kamen, als sie in den Wahlkampf eintrat und nun der Gegensatz gegen unsere Feinde von rechts und links die Haltung unserer Presse und unserer Redner allein bestimmte. Keine andere Partei kann so stolz auf die innere Geschlossenheit ihrer Anhänger während des letzten großen Wahlkampfes hinweisen wie die WSPD. Das gibt die Hoffnung, daß diese innere Geschlossenheit, die alle Parteigenossen während der Wahl erfreute, die wir als ein unbedingtes Erfordernis im Klassenkampfe empfinden, auch künftig die Partei stärken und bestimmen wird.

Organisation und Agitation.

Der vorliegende Bericht umfaßt den Zeitraum vom 1. April 1922 bis 30. April 1924. Als hervorragendes Merkmal steht die in Nürnberg vollzogene Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Die organisatorische Vereinigung hatte sich bis 31. 12. 22 überall fast reibungslos vollzogen. Wo sich Differenzen bemerkbar machten, wurden sie unter Mitwirkung des Parteivorstandes ausgeglichen, waren doch alle Teile bestrebt, im Geiste der Versöhnung alles Trennende zu vergessen, mit voller Kraft für die Partei tätig zu sein. Wenn auch die Hoffnungen in bezug auf eine Steigerung der Mitgliederzahl nicht in Erfüllung gegangen sind, so lag das nicht an geminderter Werbekraft der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei, sondern ist fast ausschließlich eine Folge der wirtschaftlichen Krise. Die Ursachen, Begleitererscheinungen und Wirkungen der Geldinflation werden an anderer Stelle des Geschäftsberichtes eingehend gewürdigt. Nur andeutungsweise seien die Hemmungen angezeigt, unter denen der Ausbau der Parteiorganisation naturgemäß leiden mußte.

Die Ruhrbesetzung in Verbindung mit verschärften Maßnahmen der Besatzungsbehörden im alten besetzten Gebiet, erstickten fast jede agitatorische Tätigkeit und behinderten in großem Maße die organisatorische Zusammenarbeit unserer Ortsvereine mit den Bezirksleitungen. Die schon im Spätsommer 1922 katastrophal einsetzende Geldentwertung nahm bis zum November 1923 ungeahnte Dimensionen an, zerschlug alle Vorausberechnungen und enteignete die mühsamen Ersparnisse unserer Organisationen. Die erwerbslos gewordenen Beamten, Angestellten und Arbeiter im besetzten Gebiet, die Arbeitslosen im übrigen Deutschland, die mancherorts 75 Proz. der Mitgliedschaft ausmachten, konnten der Partei keine Geldmittel zuführen. Die Beiträge der in Arbeit Stehenden waren trotz ihrer Milliardenhöhe so gering, daß beispielsweise der vierteljährliche Pflichtbeitrag eines mittleren Bezirkes am Tage des Posteinganges nicht die Kosten einer einzigen Straßenbahnfahrt deckte. Unter solchen Umständen mußte die Agitation schwer leiden. Flugblätter konnten nur in bescheidenem Maße (9 Millionen Exemplare im Jahre 1922/23) gedruckt und verteilt werden. Veranstaltungen von Versammlungen waren der hohen Spesen wegen auf ein Mindestmaß beschränkt. Es war also für die Partei schwerer wie in früheren Jahren, an die Massen heranzukommen. Viel leichter hatten es die Parteien, die in demagogischer Weise die Not und das wirtschaftliche Elend der Arbeiter und Angestellten für ihre Zwecke ummünzten. Wenn diese Parteien in der für sie günstigsten Konjunktur größere Erfolge nicht erzielten, so ist damit der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie das Vertrauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten besitzt.

Wir sind zu dieser Feststellung um so mehr berechtigt, weil wir seit November 1923 eine ständige Aufwärtsbewegung innerhalb unserer Partei beobachten können. Ja, wir sind in der Lage, das zeitweilige Nichterscheinen der SPD-Nachrichten, der Frauenzeitung „Gleichheit“ und der wissenschaftlichen Zeitschrift „Neue Zeit“ wieder aufzuheben bzw. unter anderem Namen neu erscheinen zu lassen. Für die Funktionäre wird das „Mitteilungsblatt“, für die Frauen die „Frauenwelt“ herausgegeben. An Stelle der „Neuen Zeit“ erscheint „Die Gesellschaft“ und für die Gemeindepolitik „Die Gemeinde“. Auch der „Wahre Jacob“ hat in „Nachen links“ einen Nachfolger gefunden.

Die Zahl der Parteiangestellten, die bei Beginn der Geschäftsperiode 291 männliche und 74 weibliche betrug, mußte, der Not der Zeit folgend, um fast die Hälfte reduziert werden, ist aber wieder im Wachsen begriffen. Auch die Zahl der vom Parteivorstand bis 31.12.23 befohlenen Bezirkssekretäre mußte von 1.1 bis 31.3.24 um je einen Sekretär in jedem Bezirk verringert werden. Alles in allem läßt sich seit der Marktstabilisierung eine Besserung auf organisatorischem und agitatorischem Gebiet feststellen, die zu den besten Hoffnungen Anlaß gibt. Es wäre aber falsch, die jetzt beginnende Entwicklung der Besserung nur der Marktstabilisierung zuzuschreiben. In der Hauptsache ist das den Parteigenossen zu danken, die in alter Treue und großer Aufopferung zur Partei und ihren Zielen in der schwersten Zeit, die je die deutsche Sozialdemokratie durchgemacht hat, gestanden haben. Diese frohe Zuversicht wird uns auch über alle Schwierigkeiten hinwegbringen und der Welt beweisen, daß nur der Sozialismus die einzigste Lebensmöglichkeit aller Volksgenossen und Völker ist.

Wir sehen diesmal von der bisherigen Gepflogenheit ab, die bereits bearbeiteten und druckfertigen Tabellen über die Finanzgebarung der Ortsvereine, Ubersicht über die Vertretung in den Kommunen usw. vom Berichtsjahre 1922/23 zum Abdruck zu bringen. Um doch Vergleiche auch für diese Zeit zu ermöglichen, sollen bei einer späteren Berichterstattung diese Tabellen gedruckt werden. In der Hauptsache kommt es auf die Endzahlen an, die wir hiermit geben.

Am 1. April 1922 zählte die SPD. **1 174 105** Mitglieder. Die USPD. zählte um dieselbe Zeit **290 762** Mitglieder, so daß beide Parteien einen Bestand von 1 464 967 Mitgliedern hatten. Nach den Berichten der Bezirksleitungen haben von der USPD. **206 065** Mitglieder die organisatorische Vereinigung mit der SPD. vollzogen.

In der Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 wurden insgesamt 55 407 413 Wochenbeiträge umgelegt, was einer Mitgliederzahl von 1 261 072 (130 000 weibliche) Mitgliedern entspricht.

Der Bezirk Erfeld, der zu Anfang der Besetzung vom Bezirk Niederrhein getrennt wurde, ist wieder dem Bezirk Niederrhein angegliedert worden. Der Bezirk Oberschlesien gehört jetzt wieder als Unterbezirk dem Bezirk Mittelschlesien an. In der USPD. hatte Braunschweig eine besondere Bezirksorganisation, während in der SPD. Braunschweig zu Hannover gehörte. Auf Wunsch der Braunschweiger Genossen wurde ihnen die besondere Bezirksorganisation bis zum Parteitag belassen.

*

Ungewöhnlich reiche Ernte hat der Tod in letzter Zeit in den Reihen der angestellten Genossen gehalten. Der Parteivorstand allein hat den Verlust von vier seiner Mitglieder und eines Angestellten zu beklagen. Im September 1923 verstarb Wilhelm Pfannkuch, ihm folgte nach zwei Monaten Otto Heinrich, einen Monat danach verschied plötzlich Adolf Ritter, nur drei

Wochen darauf Franz Krüger; im Februar 1923 war der Angestellte Wilhelm Groger verstorben. Zwei Bezirkssekretäre: Waigand-Bremen und Schollich-Breslau zählt der Parteivorstand ebenfalls nicht mehr zu seinen schätzenswerten Angestellten.

Ihnen sei auch an dieser Stelle ein Denkmal ehrender Anerkennung gesetzt!

Parteibeiträge aus den Bezirken — 4. Quartal 1923/1924.

Bezirk	Januar Mk.	Februar Mk.	März Mk.	April Mk.	Summa Mk.
Ostpreußen	—	—	—	—	—
Pommern	100,—	60,—	—	—	160,—
Brandenburg	—	635,—	—	—	635,—
Groß-Berlin	2 500,—	1 371,86	1 000,—	5 379,30	10 250,66
Görlitz (Niederschlesien)	500,—	400,—	—	—	900,—
Breslau (Mittelschlesien)	—	1 498,—	1 000,—	—	2 498,—
Halle/Saale	114,—	511,14	—	—	655,14
Magdeburg-Anhalt	500,—	—	1 516,—	—	2 016,—
Mecklenburg-Vorpommern	150,—	682,97	1 000,—	—	1 832,97
Schleswig-Holstein	1 600,—	—	1 500,—	—	3 100,—
Hamburg-Nordwest	1 000,—	2 400,—	3 000,—	—	6 400,—
Hannover	645,—	1 420,—	1 000,—	1 400,—	4 465,—
Braunschweig	200,—	669,75	200,—	800,—	1 869,75
Groß-Thüringen	800,—	1 400,—	1 300,—	1 100,—	4 600,—
Leipzig	2 600,—	2 900,—	1 140,—	1 000,—	7 640,—
Dresden-Ostschlesien	2 000,—	1 200,—	1 000,—	—	4 200,—
Chemnitz-Bismarck	100,—	2 000,—	2 066,15	2 000,—	6 706,15
Hessen-Cassel	300,—	950,30	1 000,—	—	2 250,30
Hessen-Nassau	150,—	700,—	500,—	1 000,—	2 350,—
Bielefeld (Westf. Westfalen)	1 000,—	2 000,—	—	3 000,—	6 000,—
Oldenburg-Ostfriesland	—	829,—	—	—	829,—
Westliches Westfalen	650,—	1 770,75	—	3 757,13	6 177,88
Niederrhein	160,—	400,—	500,—	—	1 060,—
Oberer Rheinprovinz	—	453,60	560,—	—	1 013,60
Hessen-Offenbach	350,—	1 170,78	200,—	700,—	2 420,78
Rheinland	1 066,—	—	700,—	1 700,—	3 466,—
Württemberg-Hohenzollern	480,—	400,—	700,—	1 000,—	2 580,—
Franken	881,70	1 500,—	—	2 000,—	4 381,70
Oberbayern-Schwaben	600,—	119,13	300,—	—	1 019,13
Oberpfalz-Niederbayern	60,—	269,46	—	200,—	529,46
Baden	500,—	1 144,—	500,—	1 000,—	3 144,—
Summe	19 006,70	28 885,24	21 222,15	26 036,43	95 150,52

Frauenbewegung.

Die Berichterstattung ergibt sich aus der Beantwortung eines Fragebogens, der den Bezirken und den mit dem Frauenbureau des Parteivorstandes korrespondierenden Genossinnen vorgelegt wurde.

1. Wieviel Ortsgruppen resp. -vereine der Partei hat der Bezirk? — 2. In welchen Orten sind Frauen organisiert? — 3. In welchen Orten bestehen besondere Frauengruppen? — 4. In welchen Orten sitzen Frauen in den Vorständen? — 5. Werden regelmäßig besondere Frauenabende abgehalten oder weibliche Mitgliederversammlungen? — 6. Welche Themen sind im Laufe des letzten Jahres in Frauenabenden behandelt worden? — 7. Fanden außer der

Reihe Frauenversammlungen im Bezirk statt? — 8. Wieviel? — 9. Welche Themen? — 10. Haben Frauen im Bezirk in allgemeinen öffentlichen Versammlungen gesprochen? — 11. Welche Themen haben sie dabei behandelt? — 12. Wieviel Frauen sitzen im Bezirk in den Stadtparlamenten? — Wo? — 13. Wieviel in der Gemeindevertretung oder im Provinziallandtag, im Kreisrat? — 14. Sind im Bezirk Genossinnen außerdem in der Kommune tätig (Stadtträtin, besoldet oder unbesoldet, weibliche Beigeordnete, Stadtdirektor oder ähnliches)? — 15. Haben seit September 1922 Bezirksfrauenkonferenzen stattgefunden? (Wann, wo, Thema, Redner, Beteiligung, Kurse, für den ganzen Bezirk, in den Unterbezirken, in einzelnen Orten, wie lange, Beteiligungsziffer in jedem Kursus, Themen, Redner, Erfahrungen.) — 16. Haben im Laufe des letzten Jahres besondere Aktionen zur Gewinnung von Frauen stattgefunden, wie, mit welchem Erfolg, welche Erfahrungen wurden gemacht?

Die Fragen sollten nicht nur knapp beantwortet werden, sondern die Unterlagen für einen ausführlichen Bericht bilden. Es haben 24 Bezirke berichtet. Die übrigen können nur beurteilt werden nach Briefen und Leitberichten von Genossinnen, in Verbindung mit Berichten in den Zeitungen. Die letztere Methode führt zur unvollständigen Beurteilung. Die säumigen Bezirke sollten sich im eigenen Interesse der kleinen Mühe der Berichterstattung unterziehen.

Nicht in allen Ortsgruppen der Partei sind Frauen organisiert. In den Industriebezirken ist die Zahl der Ortsgruppen, in denen weibliche Mitglieder sind, relativ größer als auf dem Lande; jedoch gibt es auch ländliche Bezirke, die eine verhältnismäßig hohe weibliche Mitgliedsziffer aufweisen und wo sich diese Mitgliedschaft über das ganze ländliche Gebiet verteilt, wie die Bezirke Schleswig-Holstein und Oldenburg-Ostfriesland beweisen. Wo besondere Frauengruppen bestehen, ist in der Regel auch das geistige Leben unter den Frauen lebhafter, wie es in der Zahl der Frauenabende, der gewählten Thematika und im allgemeinen Versammlungsleben zum Ausdruck kommt. Hier sind besonders die Bezirke Hamburg, Magdeburg, Groß-Berlin, Sachsen-Dresden und -Chemnitz zu nennen. Auch in den Bezirken Leipzig, Thüringen, Halle, entwickelt sich eine rege Versammlungstätigkeit. Groß-Berlin, das früher gerade die Frauenabende wegen ihrer erheblichen Wirkung besonders gepflegt hat, befindet nach der Einigung teilweise die Neigung, diese Veranstaltungen einzuschränken. Jedoch fällt das im Bericht noch nicht auf, und es ist wohl anzunehmen, daß die Notwendigkeit sich auch hier als stärker erweisen wird.

Als Stoffgebiet für die Vorträge wurden neben den politischen Tagesfragen bevorzugt: Volkswirtschaft, Erziehungsfragen, Bevölkerungspolitik, Gesundheitsfragen (auch praktische Vorträge durch Ärzte), Sozialpolitik, Wohlfahrtspflege, Arbeiterrecht, Wohnungsfragen, Religiöse Probleme, Frauenbewegung. Aus den am besten arbeitenden Bezirken wird aber auch gemeldet, daß man mit gutem Erfolg Unterhaltungsabende macht, wo man den Besucherinnen in künstlerischer Aufmachung heiteres und Ernstes nebeneinander bietet. Hierbei ist Hamburg an erster Stelle zu melden. Dort erreicht man mit diesen Veranstaltungen stets einen starken Besuch und erfüllt die Genossinnen, die an der Vorbereitung beteiligt werden, sowie die vielen, die nur als Besucher in Frage kommen, mit einem starken Zugehörigkeitsgefühl zur Partei.

Die Beantwortung der Fragen 10 und 11 gibt der Zentralstelle zugleich die Uebersicht über die Genossinnen, die sich im ganzen Reich als Rednerinnen betätigen. Das gleiche, was von der Einwirkung lebhafter, selbständiger Frauengruppen auf die Versammlungstätigkeit einschließlich der Frauenabende gesagt ist, gilt auch von der Teilnahme an den Vorstandsarbeiten, kommt aber auch zum Ausdruck in der Beteiligung in der Gemeindepolitik. Selbstverständlich hat auch die Frauenbewegung durch die Inflation stark gelitten. Dadurch wurde

der Zuwachs von weiblichen Mitgliedern, der durch die Einigung erfolgt war, wieder aufgehoben. Mit der Stabilisierung ist auch hier wieder eine Besserung angebahnt.

Bezirksfrauenkonferenzen haben im Berichtsjahr stattgefunden in den Bezirken: Magdeburg, Oldenburg-Ostfriesland, Halle, Köln und im Teilbezirk Braunschweig. Schleswig-Holstein und Mecklenburg haben auf ihren Parteitage Reserale über Frauenfragen gehabt. Das gleiche wird von drei Unterbezirkstagen in Magdeburg gemeldet. Die Bezirke: Schleswig-Holstein, Westfalen-Süd, Magdeburg, Sachsen-Chemnitz, Thüringen-Altenburg und -Gera haben die ihrer guten Auswirkung wegen mit Recht so beliebten Unterbezirkskonferenzen und Besprechungen fortgesetzt. In den Unterbezirken Oberthüringen und Brandenburg hat man ebenfalls damit Versuche und günstige Erfahrungen gemacht. Einzelne Bezirke melden noch, daß sie daneben dauernd kleinere organisatorische Besprechungen durch Zusammenfassung mehrerer Ortschaften machen.

Groß-Berlin und Hamburg sind nicht in diesen allgemeinen Rahmen zu bringen. In Berlin kommen die 350 Funktionärinnen regelmäßig in zentralen Konferenzen zusammen, daneben werden ebenso regelmäßig Besprechungen in den einzelnen Sitzungen abgehalten, ähnlich ist es im Bezirk Hamburg, der aber außer dem Landgebiet noch den Bezirk Bremen mit umfaßt. Dort haben neben der lebhaften und intensiven Arbeit noch vier Kreisfrauenkonferenzen stattgefunden.

Im Anschluß hieran sei noch vermerkt, daß 1924 innerhalb von 2 Monaten in den Bezirken: Mittelschlesien, Südliches Westfalen, Oberrhein, Thüringen, Halle, Württemberg, Niederrhein, Sachsen-Chemnitz und Oberbayern-Schwaben Frauenkonferenzen stattgefunden haben, ein Beweis dafür, wie stark eine Wahlbewegung die Arbeit belebt.

Kurse sind gemeldet aus den Bezirken Hamburg, Berlin, Brandenburg, Magdeburg und Oberrhein. Westfalen-Bielefeld machte gute Erfahrungen mit seinen regelmäßigen Frauenschulen. Auch der Unterbezirk Chemnitz muß hervorgehoben werden. Die Beteiligung an den Kursen war durchweg gut, ebenso der Erfolg, nur von einem Bezirk wurde gemeldet, daß die Teilnehmerinnen durchweg das vierzigste Lebensjahr überschritten hatten. Man bedauerte dort, den so notwendigen jungen Nachwuchs nicht erfasst zu haben. Mehrere Veranstaltungen waren ausgesprochene Rednerkurse, am meisten beschäftigte man sich mit der Verfassung, dem Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt und dem Görtzler Programm.

Durch die Befegung hat die Frauenbewegung des westlichen Gebiets sehr stark gelitten. Im Frühjahr 1923 fanden in Dortmund, Elberfeld und Köln große Frauenkundgebungen statt, die sich mit einem Aufruf an die ganze Welt richteten. Im unbesetzten Gebiet wurde in einer sehr großen Zahl von Versammlungen über die besonders für Frauen und Kinder entstandene Lage im Rhein- und Ruhrgebiet gesprochen. Für einen Teil dieser Versammlungen sind Rednerinnen von der Zentrale vermittelt worden.

Der briefliche Verkehr des Frauenbureaus mit den Genossinnen im Lande ist ein sehr reger. In 15 Zirkularen und kleineren Mitteilungen wurden Nachrichten aller Art weitergegeben, informatorisches Material übermittelt und angeboten. Besonders stark wurde die Broschüre „Kampf der Sozialdemokratie um Frauenrechte“ verlangt, die Auflage war sehr schnell vergriffen und konnte in der Inflationszeit leider nicht erneuert werden.

Weibliche Stadtverordnete waren im Reich 506, Gemeindevertreter 484 vorhanden. Stadtträte sind 4 da, in Frankfurt, Berlin, Königsberg und Tapiau. In Gemeindevorständen sitzen 10 Genossinnen, ebenso zählen wir 10 Kreistagsmitglieder und 13 weibliche Mitglieder in den Provinziallandtagen.

Im Reichstag waren 21, im Preussischen Landtag 19 Frauen, in den übrigen Ländern insgesamt neun Genossinnen tätig. In Hamburg sind fünf, und in Bremen vier sozialdemokratische Bürgererschaftsvertreterinnen vorhanden. Dem neuen Reichstag gehören 10 Genossinnen an. Wieviel von unseren Frauen sonst noch in öffentlichen Ämtern (Ministerien, Kommunen) tätig waren, war zahlenmäßig nicht festzustellen.

Zum Internationalen Kongress in Hamburg wurden 27 deutsche Genossinnen delegiert, insgesamt waren 69 Frauen aus allen Ländern als Delegierte dort. Dem Kongress ging eine Frauenkonferenz voraus, die sich mit der Entwicklung der Arbeiterinnenbewegung in den einzelnen Ländern und den Erfolgen der Frauen in den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften, den Aufgaben der Frauen in der sozialistischen Arbeiterbewegung und Organisationsfragen beschäftigte.

Zur Wahl. Neben den allgemeinen Flugblättern sind als Spezialflugblätter

Das Blatt der Frau,
Frauen, Ihr dürft nicht vergessen,
Frauen und Mädchen des schaffenden Volkes,
Landarbeiterinnen

herausgebracht worden. Daneben wurden in Berlin und in der Provinz Brandenburg 5 Nummern der „Wählerin“, einer für die Wahlzeit besonders erscheinenden Zeitung, verbreitet. Daß die einzelnen Bezirke daneben noch eigene Entwürfe verwendeten, ist erfreulicherweise ebenfalls zu berichten. Sämtliches Flugblatt- und Referenten-, ebenso das besagte Zeitungsmaterial ist an 140 Genossinnen geschickt worden, die im Vordergrund der Bewegung stehen. Die Zuschriften der Genossinnen beweisen, daß vielen diese Maßnahme die Wahlarbeit sehr erleichterte. Die Presse hat sich in dieser Zeit besonders um die Aufklärung der Frauen bemüht, wobei ihr in starkem Maße von den Genossinnen Hilfe geleistet wurde. Nach Aufforderung sind uns 37 Artikel, Notizen und Aufrufe von Frauen zugegangen, die durch die Zentrale verschickt wurden. Es kann festgestellt werden, daß sie von der Presse gut aufgenommen sind. Eine ganze Reihe von Frauenbeilagen zur Tagespresse sind entstanden, wozu nicht nur die Wahlbewegung, sondern auch das Stoppen der Inflation beigetragen haben.

Auch die „Gleichheit“, die in der schwierigen Zeit aufgegeben werden mußte, ist unter dem Namen „Frauenwelt“ und in einem ganz anderen Gewande wieder gekommen. Der Erfolg berechtigt uns zu den schönsten Erwartungen.

So war alles in allem das Bestreben darauf gerichtet, Genossinnen heranzuziehen, die fähig sind, in mündlicher und schriftlicher Propagandaarbeit sozialistische Erziehungsarbeit zu leisten, auch im Verkehr von Frau zu Frau Verständnis für die Arbeit und Ziele der Sozialdemokratie zu erwecken. Daß es heute mehr als je notwendig ist, Frauen in großer Zahl politisch urteilsfähig zu machen, damit sie in den Tages- und Wahlkämpfen zur Partei stehen, ist eine Selbstverständlichkeit geworden.

Die Arbeiterwohlfahrt

kann über einen starken Aufstieg berichten. Neben 32 Bezirksausschüssen sind rund 1200 Ortsausschüsse vorhanden. Das reichhaltige Material aus der Arbeit soll demnächst in einem besonderen Bericht herausgegeben werden. Hier soll nur gesagt werden, daß die früher oft geäußerte Besorgnis, durch die starke Inanspruchnahme bei der Wohlfahrtsarbeit würden der Partei Kräfte entzogen, nicht zutrifft. Eine Umfrage in den Bezirken ergab eine überraschende Uebereinstimmung der Ansichten. Sie lassen sich zusammenfassen in dem Satz: Mit dem Wachstum der Arbeiterbewegung wächst auch die Zahl der Aufgaben, mit der Arbeit vermehren sich auch die Kräfte.

Die Arbeiterjugend-Bewegung.

Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands steht am Ende des Jahres 1923 genau so geschlossen und kraftvoll da wie am Anfang des Jahres. Die Not hat, namentlich in der zweiten Jahreshälfte, die Jugendarbeit stark gehemmt, aber sie hat nirgends den Bestand der Organisation gefährdet. Die innere Kraft der Organisation ist unerschütterlich geblieben. Davon zeugt jetzt der rasche Wiederaufbau aller derjenigen Einrichtungen, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres trotz allen Opfermutes nicht gehalten werden konnten.

Der Mitgliederbestand betrug am Jahresanfang 105 000. Am Jahresende war ein Rückgang um etwa 10 Proz. zu verzeichnen, der aber inzwischen reichlich wieder aufgeholt ist. Am 1. Mai war die Mitgliederzahl rund 110 000. In den meisten Bezirken mit eigenen Jugendsekretariaten sind diese der Finanznot zum Opfer gefallen. Nur in den Bezirken Ostfriesland, Hamburg, Nordwest, Schleswig-Holstein, westliches Westfalen und Berlin-Brandenburg konnten die Jugendsekretäre in Funktion bleiben. Inzwischen sind aber nicht nur alle vor der Krise vorhandenen Jugendsekretariate neu eingerichtet, sondern es sind sogar sieben ganz neu hinzugekommen. Die Verbandszeitschrift „Arbeiterjugend“ ging in ihrer Auflage von 72 500 auf 56 000 Stück zurück. Die Auflage der Zeitschrift für die Helfer und Funktionäre „Der Führer“ mußte von 6000 auf 3000 herabgesetzt werden. Beide Zeitschriften befinden sich jedoch schon wieder im Aufsteigen und haben bereits mit Abschluß des ersten Quartals 1924 fast ihren alten Abonnementstand erreicht. — Die Bildungs- und Erziehungsarbeit hat sich in den bekannten Bahnen gehalten. Sie ist natürlich im besetzten Gebiet außerordentlich erschwert gewesen durch die dort eingetretenen Verhältnisse. In sehr vielen Orten dieses Gebietes waren lange Zeit hindurch Zusammenkünfte überhaupt nicht möglich, zum Teil wegen der Verhängung der Sperrzeiten, zum Teil wegen der Belegung der Jugendheime und Schullokale mit Truppen. Auch in den übrigen Teilen des Reiches ist es vielen Gruppen unmöglich gewesen, ihre Heimstätten aufzubringen. Sie haben als Notbehelf ihre Zusammenkünfte in Privatwohnungen abhalten müssen. Wohl die hervorragendste Veranstaltung des ganzen Berichtsjahres war der 3. Deutsche Arbeiterjugend-Tag am 11. und 12. August in Nürnberg. Dort haben am Sonnabend, den 11. August, ca. 50 000 sozialistische Arbeiterjungen und -mädchen gemeinsam mit der erwachsenen sozialistischen Arbeiterschaft für die Republik und den Sozialismus demonstriert. — Der Arbeiterjugend-Verlag hat im Jahre 1923 nur wenige neue Schriften herausbringen können. Das Verlaume wird im neuen Arbeitsjahr sicherlich nachgeholt werden. — Die Einkaufszentrale hat im ersten Halbjahr 1923 recht gut fortirt und dem Verband für seine Arbeit die nötigen Geldmittel zur Verfügung stellen können. Im zweiten Halbjahr trat jedoch ein großer geschäftlicher Rückgang ein; die Entlassung verschiedener Angestellten wurde notwendig. Aber auch hier brachte der Anfang des Jahres 1924 bereits einen großen Aufschwung. — Der Verband hat im August 1923 von der thüringischen Regierung ein altes Guttschloß, in der Nähe von Rudolstadt gelegen, gepachtet, um dasselbe zu einem „Ferienerholungsheim“ für die deutsche Arbeiterjugend auszubauen. Die Arbeit ist natürlich durch die Geldentwertung auch ins Stocken gekommen, jedoch jetzt wieder frisch angepackt. Das Heim wird Ende des Frühling 1924 wohl seine ersten Gäste beherbergen.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen.

Die organisatorische Arbeit stand während des größten Teiles des Berichtsjahres unter dem lähmenden Einfluß der Inflation. Nachdem schon ausgangs des Jahres 1922 das eigene Organ der Arbeitsgemeinschaft „Der freie Lehrer“ sein Erscheinen hatte einstellen müssen, folgte ihm im laufenden Jahre auch das „Mitteilungsblatt“, das die Verbindung unter den einzelnen Ortsgruppen und namentlich unter den weit verstreuten Landlehrern aufrechterhalten sollte. Wenn es uns trotzdem gelang, Bewegung und Organisation in dieser Zeit der größten Schwierigkeiten zu erhalten, so beweist dies am besten, wie innerlich gefestigt sie bereits waren und sind. Einbußen an Ortsgruppen hat die Arbeitsgemeinschaft nur dort gehabt, wo zu den Inflationschwierigkeiten noch die Befahungsgefahren kamen, namentlich in der Pfalz und am Niederrhein. Im übrigen ist unter den Bezirken wurde durch häufigere Rundschreiben aufrechterhalten, um das Fehlen eines eigenen Organs nach Möglichkeit auszugleichen. Das war um so notwendiger, als eine große Zahl wichtiger kulturpolitischer Fragen im Berichtsjahre die Mitarbeit der sozialdemokratischen Lehrerschaft erforderlich machten. Ueberall hat hier die Arbeitsgemeinschaft unmittelbar und mittelbar ihren Einfluß auf Volkvertretung und Behörden geltend zu machen gewußt, so sehr auch gerade auf schulpolitischem Gebiete die Zeit vorwärtsdrängender Reform immer mehr einer mühsamen Abwehr der Reaktion gewichen ist. — Als wichtigstes Ergebnis ihrer innerparteilichen Arbeit hat die Arbeitsgemeinschaft den Entwurf eines detaillierten Schulprogramms ausgearbeitet und dem Parteivorstand überreicht. — Auf internationalem Gebiete brachte das Berichtsjahr die Gründung der Sozialistischen Erziehungs-Internationale (S.E.I.), der sich die Arbeitsgemeinschaft mit Zustimmung des Parteivorstandes unmittelbar nach dem Hannoverischen Kongreß angeschlossen. — Da eine Einberufung des Hauptausschusses oder gar ein allgemeiner Lehrertag während der Inflationszeit unmöglich war, so wurde der Hauptvorstand nach einem Delegationsprinzip neu zusammengesetzt. Es gehören ihm zurzeit an: 1 Vertreter des P.B., 3 Vertreter der Reichstagsfraktion, 2 der preussischen Landtagsfraktion, 6 Vertreter der Bezirke und 2 Berliner Mitglieder sowie der Geschäftsführer. Der sozialdemokratische Lehrertag, der in diesem Sommer in Leipzig stattfindet, wird das Provisorium in die feste Form einer neuen Organisation zu gießen haben.

Die Beamtenbewegung.

Die Agitation unter den Beamten stand in der Berichtszeit im Zeichen der Inflation und des damit verbundenen wirtschaftlichen Druckes. Kennzeichnend für die beamtenpolitische Bewegung war besonders der Stillstand der Beamtenrechts-Gesetzgebung. Das Beamtenrätegesetz ist heute noch nicht verabschiedet.

Die Unzufriedenheit besonders unter der unteren und mittleren Beamtenerschaft, die nicht nur die Folge der Rechtsnot, sondern auch der wirtschaftlichen Depression der letzten Jahre ist, wuchs mehr und mehr an. Es zeigt sich immer deutlicher, daß wir uns an einem Wendepunkt in unserer Beamtenagitation befinden. Wir müssen den Beamten klar machen, daß die in der Verfassung niedergelegten Beamtenrechte keine Geschenke des Himmels sind, auf die man sich nur zu berufen braucht, sondern daß diese Rechte erst erkämpft werden müssen.

Der Reichsbeamtenbeirat unserer Partei hat nach der Vereinigung eine Ergänzung durch die Reichsbeamtenbeiratsmitglieder der früheren USPD. erhalten. Leider konnte der nunmehr vereinigte Reichsbeamtenbeirat nicht — wie es beabsichtigt war — zu einer Tagung zusammentreten, obwohl gerade in der Berichtszeit die Versuche liegen, die verfassungsmäßigen Rechte auch der Beamten wieder abzubauen.

Bezirksbeamtentage

haben in der Berichtszeit fast in allen Landesteilen stattgefunden, in Bayern sogar eine Landeskongferenz der sozialdemokratischen Beamten. Alle diese Veranstaltungen nahmen einen ausgezeichneten Verlauf und haben sicher dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl bei unseren parteigenössischen Beamten zu stärken, das Verständnis zwischen ihnen und den Parteileitungen zu vertiefen und die Agitation unter den Beamten zu beleben. Der wesentlichste Gewinn dieser Konferenzen wird aber darin zu erblicken sein, daß durch sie die Treue unserer Beamtenfunktionäre zur Partei befestigt wurde, so daß unsere sozialistische Beamtenbewegung aus den Wirren des letzten Jahres verhältnismäßig ungeschwächt hervorgegangen ist. Allerdings zeigte es sich auch, daß auf organisatorischem Gebiet in den Bezirken noch sehr viel zu tun übrig bleibt, ganz abgesehen von einigen Bezirken, in denen die Verarbeitung unter den Beamten über die ersten tastenden Versuche noch nicht hinausgekommen ist.

„Der freie Beamte“

das Mitteilungsblatt der Beamtenzentrale, fiel dem großen Zeitungssterben zum Opfer, und das in einer Zeit, wo er am nötigsten gebraucht wurde. Damit war das hauptsächlichste Bindeglied zwischen der Beamtenzentrale und den sozialistischen Beamten verloren gegangen und uns die Möglichkeit genommen, manche politische Entscheidung der Partei den Beamten verständlich zu machen. Das baldige Wiedererscheinen des „Freien Beamten“ ist eine Notwendigkeit und die Vorbereitungen hierzu werden getroffen.

Das Beamtenprogramm

unserer Partei, dessen Entwurf bereits vor mehr als zwei Jahren öffentlich zur Diskussion gestellt und auf dem letzten Reichsbeamtentag der Partei eingehend beraten wurde, soll nun endgültig auf dem kommenden Parteitag verabschiedet werden. An den in ihm aufgestellten Grundfäden und Forderungen brauchten erfreulicherweise auch nach der Wiedervereinigung der USPD mit der alten Partei keine Änderungen vorgenommen werden, wie eine erneute Durchberatung mit den Reichsbeamtenbeiratsmitgliedern der früheren USPD. ergab. Das scheint ein sicherer Beweis dafür zu sein, daß das Beamtenprogramm den richtigen Weg zeigt, den wir in unserer Beamtenpolitik gehen müssen. Darüber hinaus kann man aber überzeugt sein, daß es auch seine Werberkraft bei den uns noch fernstehenden Beamten erweisen wird. Soweit in den letzten Jahren festgesetzt werden konnte, sind keine Grundfäden und Forderungen Gemeingut der gesamten proletarischen Beamten geworden, auch diejenigen, die sich aus ideologischen und gesellschaftlichen Ursachen noch im Gefolge der lügerischen Parteien befinden. Es enthält keine Forderung, die im Widerspruch mit unserer sozialistischen Gesamtaufassung steht, aber auch keine, die uns in einen Gegensatz zu den staatspolitischen Notwendigkeiten bringen könnte. Entspricht die Beamtenpolitik unserer Fraktionen in den gesetzgebenden Körperschaften den Richtlinien unseres Beamtenprogramms und werden in den Bezirken durch den Ausbau der Beamtenwerbeaufschüsse die organisatorischen Voraussetzungen für die Aufklärungsarbeit unter den Beamten geschaffen, dann müssen wenigstens die unteren und mittleren Beamten für die Partei gewonnen werden.

Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit.

(15. Jahresbericht 1922/24.)

In den vergangenen zwei Jahren konnte das Bildungswesen durch die anhaltende politische und wirtschaftliche Spannung nicht voll zur Auswirkung kommen. Besonders das letzte Jahr, das uns die Inflationskatastrophe brachte, ließ die Arbeit unserer Bildungsausschüsse auf ein Mindestmaß herabsinken, ja, es war zeitweise die Existenz unserer Bildungsausschüsse überhaupt in Frage gestellt. Bornehmlich galt dies für die hauptamtlich verwalteten sozialistischen Bildungsfretariate, von denen leider einige (Hamburg, Schieswig-Holstein, Oberschlesien) der Not der Zeit zum Opfer fielen. Dagegen konnte sich der Reichsausschuß durch die schwersten Monate hindurch behaupten, ebenso hielten unsere Bildungsfretariate in Köln, Leipzig und Berlin ihren Betrieb und ihre Tätigkeit aufrecht.

Am der sozialistischen Heimvolkshochschule, Schloß Litz bei Gera, beteiligte sich der Reichsausschuß wie bisher. Zu dem im Jahre 1923 stattgefundenen beiden Männerkursen, sowie für den gegenwärtig bis Ende Juni 1924 laufenden Männerkursus entsandte er je 10 Teilnehmer. Außerdem nahmen durch seine Vermittlung im Jahre 1923 zwei belgische Genossen an je einem Kursus teil, während zu den Hörern des gegenwärtigen Kursus je ein dänischer, ein englischer und ein österreichischer Genosse zählen. Damit ist ein internationaler Austausch von Schülern angebahnt, der in Zukunft weiter ausgebaut werden soll.

Zu einem 10 Monate dauernden Kursus der belgischen Arbeiterhochschule in Brüssel-Uccle, der in französischer Sprache geführt wurde, entsandte der Reichsausschuß den Genossen Wandschuh aus Zerbst (Anhalt), der mit großem geistigen Gewinn von der Schule zurückkehrte. Da der Reichsausschuß die erheblichen Kosten für den Aufenthalt des Genossen Wandschuh in Brüssel nicht selbst tragen konnte, kamen die belgischen Genossen in der hochherzigsten Weise fast restlos hierfür auf, wofür ihnen an dieser Stelle nochmals besonders gedankt sei.

Zu Beginn des letzten Winters richtete der Reichsausschuß — gerade in der beginnenden Inflationskrisis — zum ersten Male nach dem Kriege wieder Wanderkurse ein. Er stellte zwei wissenschaftliche Wanderlehrer in seinen Dienst, den Genossen Kurt Döring-Bremen, der vor dem Kriege bereits als Wanderlehrer tätig war, und den Genossen Dr. Wagner-Wien, der lange Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter der Zentralfstelle für das österreichische Bildungswesen in Wien war. Erfreulicherweise konnten die Wanderkurse, trotz der schwierigen Verhältnisse fast restlos durchgeführt werden: in Thüringen (zwei Tournees) in Hessen-Nassau (zwei Tournees), während sie in Braunschweig vorzeitig abgebrochen und in den übrigen Bezirken gänzlich abgefast wurden. Die beiden Wanderlehrer stehen dem Reichsausschuß auch weiterhin zur Verfügung und werden im kommenden Winter wieder tätig sein.

Die Lichtbildzentrale erfreute sich einer regen Benutzung. Ihr planmäßiger Aufbau wurde im letzten Jahr begonnen durch die Neueinstellung folgender Serien: Der Sozialismus in der Karikatur (bearbeitet von Friedrich Wendel); Das 19. Jahrhundert in der Karikatur (Friedrich Wendel); Die französische Revolution (Erwin Marquardt); Die deutsche Revolution von 1848 (Erwin Marquardt); Hans Baluschel, ein Maler des Proletariats (Friedrich Wendel); Die Volkskrankheiten (Dr. Drucker); Italien (Reventlow).

In Verbindung mit der Lichtbildzentrale sind die Vorbereitungen für die Gründung einer Filmzentrale soweit gediehen, daß sie mit Beginn unserer Winterarbeit in Tätigkeit treten wird.

Die Jugendchriftenprüfungskommission hat ihre Arbeit ununterbrochen fort-

geführt. Ein neues erweitertes Jugendchriftenverzeichnis wird im Laufe dieses Jahres erscheinen.

Anlässlich des 60. Geburtstag von Karl Henckell im April 1924 gab der Reichsausschuß gemeinsam mit dem Hauptvorstand der sozialistischen Arbeiterjugend ein Gedentbüchlein heraus, das ein Vorwort von Heinrich Schulz und eine gute Auswahl hendellischer Gedichte für die Jugend enthält. Das Büchlein ist zum Teil als Jugendweihenausgabe mit einem besonderen Jugendweihewidmungsblatt erschienen.

Vortrags- und Kursusdispositionen wurden herausgegeben: Nr. 14: Franz Klüß: Werden und Geschichte der deutschen Sozialdemokratie; Nr. 15: Dr. G. v. Franckenberg: Was ist und was will der Sozialismus?; Nr. 16: Clara Zils: Die Frau und der Sozialismus.

Die vom Reichsausschuß herausgegebene Monatschrift „Arbeiterbildung“ mußte infolge der Inflation leider wie auch andere sozialistische Zeitschriften ihr Erscheinen einstellen. An ihrer Stelle wurden unter dem gleichen Titel in zwangloser Folge Materialzusammenstellungen herausgebracht, von denen bisher folgende Hefte zu verzeichnen sind: Nr. 1: Sozialismus und Sekundärliteratur; Nr. 2: Sozialistische Weihnachtsfeier; Nr. 3: Karl Marx; Nr. 4: Die Maiseier; Nr. 5: Die Jugendweih; Nr. 6: Die Verfassungsfeier; Nr. 7: Die Kinderfreundearbeit.

Die Zahl der örtlichen Arbeiterbildungsausschüsse hat sich in der Berichtszeit auf etwa 600 erhöht.

Die vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebene Monatschrift „Jungsozialistische Blätter“ unter der Redaktion von Karl Bröger-Nürnberg konnte fast als einzige sozialistische Zeitschrift durch die Inflationszeit dank der Opferwilligkeit ihrer Leser durchgehalten werden. Inzwischen ist die Zeitschrift dem Arbeiterjugend-Verlag übergeben worden, während als Herausgeber ab 1. Januar 1924 der Reichsausschuß der Jungsozialisten verantwortlich zeichnet. Auf Grund einer auf der Reichskonferenz der Jungsozialisten in Erlangen im August 1923 beschlossenen Vereinbarung ist der Reichsausschuß der Jungsozialisten und damit auch die jungsozialistische Bewegung in ein engeres Verhältnis zur sozialistischen Arbeiterjugend getreten, das sich mehr und mehr zu einem fruchtbaren Zusammenwirken der beiden geistig und organisatorisch eng zueinander gehörigen Bewegungen gestaltet.

In der letzten Zeit bahnte sich eine Reorganisation des Bildungswesens an, deren Wirkungen sich, sobald die Bildungstätigkeit sich wieder mehr beleben wird, stark bemerkbar machen werden. Der frühere Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ging über in den „Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit“. Der Sinn dieser Uenderung liegt darin, daß die sozialistische Bildungsarbeit im Laufe der Jahre über den Rahmen der Partei hinausgewachsen ist. Das sozialistische Kulturstreben äußert sich heute in so vielfältigen Formen und Organisationen, ist zu einer so starken eigenen Wesenheit geworden, daß es neben der politischen und wirtschaftlichen Bewegung seinen Platz finden muß als der dritte mächtige Strom, der zum großen sozialistischen Weltmeer führt. Die starke sozialistische Kulturbewegung, die in eine ganze Reihe von sozialistischen und proletarischen Kulturorganisationen zersplittert ist, drängt immer mehr nach einem planmäßigen Zusammenwirken, nach einer Zusammenfassung aller Kräfte. Diese Tendenz kommt zum Ausdruck in der Gründung von proletarischen und sozialistischen Kulturartellen, wie sie immer wieder in den verschiedensten Orten versucht werden. Es muß die Aufgabe des Reichsausschusses sein, diesen Bestrebungen eine gesunde Grundlage zu geben. Der Reichsausschuß hat daher mit einer Reihe von Kulturorgani-

sationen (den Kinderfreunden, der sozialistischen Arbeiterjugend, den Jungsozialisten, den Arbeiterwohlfahrtsorganisationen, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands) die Bildung einer „sozialistischen Kulturgemeinschaft“ vorbereitet, die das allen Organisationen gemeinsame sozialistische Kulturgut pflegen und ein Zusammenfassen aller kulturellen Kräfte der Arbeiterschaft erstreben soll. Infolge der Inflationskrisis mit ihren ungunstigen Begleitercheinungen mußte dieser Plan zunächst zurückgestellt werden. Er wird aber neu aufgenommen werden und, in die Praxis umgesetzt, zu einer stärkeren Betonung und Vertiefung des sozialistischen Kulturgedankens führen. Der Reichsausschuß hat zum ersten Male in diesem Jahre ein umfangreiches Sommerprogramm aufgestellt, in dessen Mittelpunkt eine sozialistische Kulturwoche in Leipzig vom 2. bis 6. August steht. Möge die sozialistische Kulturbewegung auch bei den neuen Formen und Wegen, die sie zu ihrer stärkeren Entfaltung und Auswirkung braucht, wie bisher die verständnisvolle Förderung der Partei finden!

Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

(1. Jahresbericht 1923.)

Im letzten Jahre hat sich die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde gebildet, die eine Zusammenfassung aller auf dem Gebiete der Kinderwohlfahrt und Erziehung wirkenden sozialistischen Organisationen zu einer zentralen Spitzenorganisation darstellt. Im Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde sind vertreten u. a.: der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen, der Hauptvorstand der sozialistischen Arbeiterjugend, der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Zweck der Kinderfreundebewegung ist, Trägerin aller erzieherischen sozialistischen Arbeit an den Kindern zu werden und damit der bestehenden Zersplitterung auf diesem Gebiet ein Ende zu machen.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft hat im Einverständnis mit allen beteiligten Organisationen Richtlinien für den Aufbau und die Tätigkeit der örtlichen Kinderfreundegruppen aufgestellt, die an alle in Betracht kommenden Organisationen versandt wurden und jederzeit durch das Bureau der Reichsarbeitsgemeinschaft nachzubeziehen sind. In der Schriftenreihe des Reichsausschusses für sozialistische Bildungsarbeit erschien ein besonderes Heft „Die Kinderfreundearbeit“, das in ausführlicher Weise Material und Anregungen für die praktische Kindererziehungsarbeit bringt.

In Gemeinschaft mit dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt, mit dem sie auf das engste zusammenarbeitet, rief die Reichsarbeitsgemeinschaft im letzten Winter zur Sammlung für die sozialistische Kinderhilfe auf, um die Not der Arbeiterkinder durch die Selbsthilfe des Proletariats zu lindern. Von den Ertragnissen der Sammlung, an der sich auch ausländische Organisationen, insbesondere unsere österreichischen Kinderfreunde beteiligten, wurden an den verschiedensten Orten Kinderpeisungen eingerichtet bzw. unterstützt und damit sehr viel Kinderelend gelindert.

Vom 17. bis 19. April hielt die Reichsarbeitsgemeinschaft in Gera unter Leitung des Genossen Kanitz aus Wien einen Einführungskursus in die pädagogische Arbeit der Kinderfreunde ab, der von 117 Genossen und Genossinnen aus allen Teilen des Reiches besucht war. Die erste Reichskonferenz der Kinderfreunde ist im Rahmen der Leipziger Kulturwoche für den 2. August 1924 einberufen. Die Reichsarbeitsgemeinschaft beteiligte sich ferner an der internationalen Erziehungskonferenz in Hannover am 5. und 6. Januar und ist mit zwei

Vertretern in dem dort gegründeten Internationalen Erziehungskomitee vertreten, das in Wien seinen Sitz hat.

Als vorläufige Kinderzeitung wurde die Beilage der „Frauenwelt“ „Kinderland“ im Sonderdruck hergestellt und in den Kinderfreundegruppen eingeführt mit dem Ziel, sie sobald als möglich zu einer großen selbständigen Kinderzeitung auszugestalten.

Die Zahl der Kinderfreundegruppen beträgt gegenwärtig etwa 70. Der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft ist der Reichstagspräsident Paul Löbe. Ein systematischer Aufbau der Kinderfreundebewegung in allen Bezirken des Reiches ist in den kommenden Monaten geplant. Angesichts der Bedeutung der Kindererziehungsbewegung wird dabei auf die weitgehendste Unterstützung dieser Bestrebungen durch die Partei und alle sozialistischen Kulturorganisationen gerechnet.

Reichstagswahlen.

Die Reichstagswahlen waren vor dem Kriege der sichere Maßstab, mit dem wir die Erfolge unserer Tätigkeit messen konnten. Wir konnten nur Erfolge, denn bei allen Reichstagswahlen von 1881 bis 1912 hatten wir einen Stimmenzuwachs, also ein Anschwellen unserer Macht. Kein Mittel der herrschenden Klassen vermochte den Siegeslauf des Proletariats zu hemmen. Weder das Sozialistengesetz, noch die Nachtmittel der Unternehmer, die mit Maßregelung der Agitatoren und systematischer Verleumdung das Wachstum der Partei hemmen wollten, erreichten ihren Zweck. Es gab sehr harte Kämpfe, wie z. B. 1887 bei den sogenannten Falschingswahlen; und 1907 bei den Hottentottwahlen; sie konnten wohl die Zahl unserer Reichstagsmandate herabdrücken, aber unsere Stimmenzahl wuchs auch in diesen Kämpfen.

Eine Wandlung trat nach Ausbruch der Revolution ein. Neben den Klassengegnern sah man jetzt proletarische Parteien, die zum Teil die Sozialdemokratie mit ähnlichen Mitteln bekämpften, wie früher der von Kapitalisten unterhaltene Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Bei diesen Bruderkämpfen tritt eines in Erscheinung, nämlich, daß die scheinbar erfolgreiche Gruppe nie so viel gewinnt wie die bekämpfte proletarische Gruppe verliert. Stellt man die Resultate der drei Wahlen seit Ausbruch der Revolution nebeneinander, dann gibt es für die proletarischen Parteien folgendes betrückendes Bild:

	Wahl zur Nationalversammlung 19. Januar 1919	Reichstagswahl 6. Juni 1920	Reichstagswahl 4. Mai 1924
Abgegebene gültige Stimmen	29 278 979	28 196 332	29 388 391
Sozialdemokraten	11 183 561	6 104 398	6 014 380
Unabhängige	2 304 902	5 046 813	260 315
Kommunisten	—	589 454	3 746 671
Zusammen	13 488 463	11 740 655	10 021 366

Bei den Ziffern der Wahl zur Nationalversammlung sind die Zahlen für die abgetretenen Gebiete, die 1919 mitwählten, in Abzug gebracht, so daß für alle drei Wahlen die gleichen Gebiete in Betracht kommen. Die Zahl der bürgerlichen Stimmen ist also gestiegen:

von 15 790 516 = 54 v. H. im Jahre 1919,
auf 16 455 667 = 58 v. H. im Jahre 1920,
auf 19 367 025 = 66 v. H. im Jahre 1924.

Schon diese Entwicklung könnte aus Schlot- und Krautjunker ebenso beruhigend wirken, wie die Entwicklung vor dem Kriege beängstigend gewirkt hat. Wenn dann noch die Kommunisten die Vernichtung der Sozialdemokratie als

ihr vornehmstes Kampfziel bezeichnen, dann brauchen Kapitalisten keine Mittel mehr zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aufzuwenden.

Das Gesamtergebnis der Wahlen ist folgendes:

Abgegebene Stimmen 29 819 870, hiervon ungültig 431 479.

Von den 29 388 391 gültigen Stimmen entfielen auf:

	Stimmen	Mandate
Bereinigte Sozialdemokratische Partei	6 014 380	100
Deutschnationale Volkspartei	5 778 313	96
Zentrum	3 920 798	65
Kommunisten	3 746 671	62
Deutsche Volkspartei	2 640 484	44
Deutschnationale Freiheitspartei	1 924 553	32
Demokratische Partei	1 657 957	28
Bayerische Volkspartei	946 649	16
Bayerischer Bauernbund	684 395	10
Landliste	574 280	10
Deutschnationale Partei	337 924	4
Deutschnachweiserische Partei	319 779	5
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	234 708	—
Nationale Minderheiten	133 540	—
Christlichsoziale Volksgemeinschaft	124 626	—
Sonstige Gruppen zusammen	349 531	—

Der Reichstag umfasst demnach 472 Mitglieder. 842 405 Stimmen erhielten wegen ihrer Zersplitterung kein Mandat.

Unverhältnismäßig hoch ist die Zahl der ungültigen Stimmen. 1920 wurden von 28 463 581 abgegebenen Stimmen 267 249 für ungültig erklärt. Sehr hoch ist die Zahl der ungültigen Stimmen in den Bezirken, wo mit der Reichstagswahl Gemeindevahlen verbunden waren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das Wahlprüfungsgericht noch eine Anzahl der vorläufig für ungültig erklärten Stimmzettel für gültig erklärt und dadurch die eine oder andere Partei ein Mandat mehr erhält. Groß kann aber die Veränderung nicht werden, denn wenn auch sämtliche ungültigen Stimmen für gültig erklärt würden, dann würden höchstens sieben Mandate mehr sein, die sich auf die verschiedenen Parteien verteilen.

Landtagswahlen.

Seit unserer letzten Berichtsperiode fanden Landtagswahlen statt: Am 5. November 1922 in Sachsen, am 18. November in Oberschlesien, am 26. November in Birkensfeld, am 8. April 1923 in Schaumburg-Lippe, am 10. Juni in Oldenburg, am 8. Juli in Mecklenburg-Strelitz, am 18. November in Bremen und in Danzig, am 27. Januar 1924 im Saargebiet, am 10. Februar in Lübeck und in Thüringen, am 17. Februar in Mecklenburg-Schwerin, am 6. April in Bayern und am 4. Mai in der Pfalz und in Württemberg.

Beachtenswert ist die Bewegung der Stimmenzahl bei den Wahlen in Sachsen seit dem Ausbruch der Revolution. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung kämpften zwei sozialistische Parteien um die Arbeiterstimmen. Die Kommunisten forderten Stimmenthaltung, während die SPD. und die USPD. für die Wahl der Arbeiterkandidaten eintraten. Bei der Wahl am 19. Januar 1919 erhielten von 2 418 382 abgegebenen Stimmen die Kandidaten der SPD. 1 111 753 = 45,9 Proz. und die Kandidaten der USPD. 342 038 = 14 Proz. Beide Parteien zusammen 1 453 791 Stimmen = 60 Proz. Bei den Reichstagswahlen am 5. Juni 1920 traten auch die Kommunisten für Wahlbeteiligung ein. Beide Parteien, die Kommunisten und USPD. bekämpften stark die SPD. und

es gelang ihnen die Stimmenzahl der SPD. um 529 975 herabzudrücken. Es erhielten nun Stimmen die SPD. 581 778, die USPD. 609 384 und die Kommunisten 105 222. Den Verlust von 529 975 Stimmen der SPD. stand ein Gewinn an Stimmen von 267 346 der USPD. und von 105 222 Stimmen der Kommunisten gegenüber, also Verlust der SPD. 529 975. Gewinn der beiden anderen proletarischen Parteien 372 568, bleibt Verlust 157 407, d. h. die Stimmenzahl der proletarischen Partei sank von 60 auf 53,9 Proz.

Im November 1920 war Landtagswahl. Kurz vorher war auf dem Parteitag in Halle bei der USPD. die Spaltung eingetreten. Es standen nun den Kandidaten der SPD. und den Kandidaten der Kommunisten die Kandidaten von zwei Gruppen der Unabhängigen gegenüber. Jetzt waren es vier proletarische Parteien. Bei der Landtagswahl wurden 2 070 327 Stimmen abgegeben. Es erhielten die Kandidaten

der SPD.	586 811 Stimmen = 28,3 Proz.
der USPD. rechts	286 662 Stimmen = 13,9 Proz.
der USPD. links	60 188 Stimmen = 2,9 Proz.
der Kommunisten	117 716 Stimmen = 5,9 Proz.

Die Unabhängigen hatten also seit Juni 262 534 Stimmen verloren, während die SPD. 5033 und die Kommunisten 12 494 Stimmen gewonnen hatten. Dem Verlust der Unabhängigen von 262 534 steht für die beiden anderen proletarischen Parteien ein Gewinn von 17 527 Stimmen gegenüber, bleibt also ein Verlust von 245 007 Stimmen. Damit hatte man den Anteil der proletarischen Stimmen von 60 Proz. im Jahre 1919 auf 50,6 Proz. herabgedrückt. Es zeigte sich, daß je größer die Zahl der proletarischen Parteien wird, um so geringer wird die Zahl der für diese Parteien abgegebenen Stimmen.

Nun könnte man annehmen, daß die Abnahme der proletarischen Stimmen in der politischen oder wirtschaftlichen Entwicklung begründet sei. Dieser Annahme wird aber der Boden entzogen durch die Resultate der Landtagswahlen vom November 1922. Am 24. September 1922 hatten die beiden sozialdemokratischen Parteien sich vereinigt. Am 5. November, also sechs Wochen nach der Vereinigung, fanden in Sachsen Landtagswahlen statt. Nun standen sich wiederum nur zwei proletarische Parteien gegenüber. Und der Erfolg? Es wurden 2 537 545 Stimmen abgegeben. Von diesen erhielten die Kandidaten der Vereinigten sozialdemokratischen Partei 1 060 249 = 41,7 Proz. und die Kommunisten 267 700 = 10,6 Proz. Es war also seit den Landtagswahlen von 1920 ein Gewinn von 276 572 Stimmen und der Anteil der bürgerlichen Parteien von 49,2 auf 47,7 Proz. herabgedrückt.

Die Landtagswahlergebnisse zeigen mit wenigen Ausnahmen daselbe Bild wie es in den Resultaten der Reichstagswahl zutage getreten ist. Einige Wahlen der letzten Zeit ließen sogar die Befürchtung zu, daß die extremen Parteien rechts und links noch stärker anwachsen würden, als sie gewachsen sind, während es in unseren Reihen Pessimisten gab, die mit Hinweis auf die schlechten Resultate bei Landtagswahlen einen schlimmeren Rückgang unserer Stimmen befürchteten als er eingetreten ist. Die schlechtesten Resultate kommen aus der Zeit, als durch den Zusammenbruch unserer Währung viele Lohn- und Gehaltsempfänger sowie Kleinrentner zur Verzweiflung getrieben waren.

Früher vertraten Bakunin und die Anarchisten, und jetzt vertreten die Kommunisten die Ansicht, daß durch Not zur Verzweiflung getriebene Proletarier die Weltrevolution entfachen und in dieser die Befreiung erringen werden. Die Stimmengahlen beweisen aber, daß mit steigender Not der Kampfesmut sinkt und verzweifelte Proletarier den Parteien der Kapitalisten und Junker zugezogen werden. Die Beseitigung der Not ist das Ziel unserer Kämpfe, und in diesen Kämpfen kann die Not nie ein Kampfgenosse sein.

Die Vertretung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei in den Gemeinden, Kreis- und Provinziallandtagen

hat durch den organisatorischen Zusammenschluß beider Parteien eine nicht unwesentliche Aenderung erfahren. Die WSPD. ist in 1038 Städten mit 8748 männlichen und 506 weiblichen Abgeordneten vertreten. In den Gemeinden stellte die Partei in 7488 Ortschaften 41 609 männliche und 484 weibliche Vertreter. Magistratsmitglieder sind in 673 Städten 1863. In 2723 Ortsgemeinden ist die Partei mit 5631 männlichen und 10 weiblichen Genossen im Gemeindevorstand vertreten. In 684 Kreistagen zählen unsere Vertreter 3974 männliche und 10 weibliche. 502 männliche und 13 weibliche Genossen vertreten unsere Partei in den Provinziallandtagen. Bei dieser Aufstellung konnten die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen nicht berücksichtigt werden.

Der Parteiauschuß

beschäftigte sich in seinen regelmäßigen Sitzungen stets mit der politischen Situation, die in ausführlichen Referaten durch die Vorsitzenden der Partei dargelegt und in ausgiebiger Debatte von den Mitgliedern des Parteiauswurfes besprochen wurde. Es konnte dabei festgestellt werden, daß die Meinung des Parteiauswurfes immer im Einklang stand mit den politischen Handlungen des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion. Einigen Forderungen dieser beiden Parteikörperchaften wurde durch Beschlüsse des Parteiauswurfes besonderer Nachdruck verliehen, so z. B. das Verlangen nach Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.

Die Meinungsdivergenzen, die in Sachsen zwischen Landtagsfraktion und Landesvorstand wegen der Taktik der Fraktion im sächsischen Landtage entstanden waren, zwang den Parteiauswurf, sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen. Dabei stellte sich der Auswurf durch Annahme eines generellen Beschlusses auf den Standpunkt, daß für ihre Politik in den Landtagen die Fraktionen ihren Landesparteitag und der Gesamtpartei verantwortlich sind, daß die Fraktionen auf dem Boden der Landesverfassungen selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben haben und daß Beschlüsse von Parteiorganisationen oder Landesinstanzen der Partei für die Landtagsfraktionen nur die Bedeutung parteigenösslicher Vorschläge und Gutachten haben, die zu berücksichtigenden dem pflichtgemäßen freien Ermessen der Landtagsfraktionen unterliegt.

Auch die innerpolitische Situation in der Partei war einige Male Gegenstand der Beratung des Parteiauswurfes. Das Auftreten einer Opposition mit Herausgabe einer besonderen Korrespondenz ließ den wohlbegründeten Verdacht aufsteigen, daß es in der Partei bereits zu einer geschlossenen oppositionellen Organisation gekommen sei. Durch Annahme einer Resolution verurteilte der Parteiauswurf entschieden das Bestehen und die Förderung einer solchen Opposition und das Bestehen eines besonderen Organs als unvereinbar mit der Aufrichtigkeit der Parteieinheit. Der Parteivorstand wurde beauftragt, mit allen zweckdienlichen Mitteln dagegen einzuschreiten.

Schweren Herzens mußte sich der Parteiauswurf mit den Abbauvorschlägen des Parteivorstandes einverstanden erklären, die aus der Zwangslage der finanziellen Krise, in die auch die Parteikasse während der Zeit der Inflation geraten war, entstanden waren. Er befürchtete mit dem Parteivorstand, daß durch die

Entlassung des zweiten Sekretärs in den Bezirken unser Parteiapparat schweren Schaden leiden würde. Um so erfreulicher wurde in einer späteren Sitzung die Mitteilung aufgenommen, daß durch die Besserung der Finanzlage in der Partei diese Maßnahme nur eine solche der Vorsicht gewesen sei und wieder aufgehoben werden könne.

Diese Freude wurde erhöht durch die Mitteilung, daß die in der Inflationszeit eingegangenen Zeitschriften wieder herausgegeben werden können und daß ihr Erscheinen in neuem Geiste und neuem Gewande bereits guten Erfolg zeitigte.

Die Vorbereiten für die Abhaltung des Parteitagbes beschäftigten den Parteiauswurf in einigen Sitzungen; er stimmte den Anträgen des Parteivorstandes, den Parteitag zu verlegen, einmal aus parteifinanziellen Gründen, das andere Mal in Rücksicht auf die plötzlich angefügten Reichstagswahlen, zu.

Anregungen für die mündliche und schriftliche Agitation zur Reichstagswahl nahm der Parteivorstand in einer Sitzung des Ausschusses gern entgegen und es darf wohl gesagt werden, daß die Partei nach bei keiner Wahl mit so reichlichem Material in den Wahlkampf gezogen ist.

Parteipresse.

Schon in den Berichten in Augsburg und in Gera mußte auf die äußerst schwierige Lage unserer Parteigeschäfte als Folge der Geldentwertung hingewiesen werden. Es war die ganz naturgemäße Folge, daß mit der raschen Zunahme der Inflation und der wahnwitzigen Steigerung der Preise für alle Rohmaterialien die wirtschaftliche Lage der Parteiunternehmungen sich geradezu verzweifelt gestaltete. Die durch den dauernden Papiermarktschwund bedingten ständigen Erhöhungen der Abonnementspreise übten einen unheilvollen Einfluß auf die Zahl der Leser aus. Das Inseraten- und Druckgeschäft lag infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Depression fast ganz still. Eine ordnungsmäßige Kalkulation war kaum noch möglich. So schwer es im Interesse der davon Betroffenen fiel, mußte in einer Anzahl von Parteibetrieben verkürzt gearbeitet werden, ja, zum Teil mußten Entlassungen erfolgen; Maßnahmen, die lange vorher fast in allen bürgerlichen Druckereien durchgeführt waren. Kurz: es war ein Zustand, der an die Umsicht und Nerven der leitenden Personen die ungeheuersten Anforderungen stellte. Um so erfreulicher ist es, wenn dank dieser Umsicht schon heute gesagt werden kann, daß alle Parteizeitungen sich verhältnismäßig schnell von dem wirtschaftlichen Chaos erholt haben. Nicht eine Parteizeitung, nicht ein Druckereibetrieb ist eingegangen. Alle haben sie bis auf eine Zeitung — und diese erscheint bereits auch wieder — tapfer durchgehalten und stehen heute mit verschwindend geringen Ausnahmen wieder auf gesunder Basis. Soweit in einzelnen Fällen Personalreduzierungen erfolgen mußten, sind jetzt schon wieder Einstellungen vorgenommen worden; auch arbeiten sämtliche Betriebe wieder seit Monaten unverkürzt. Seit dem Beginn des Jahres 1924 sind etwa 300 000 neue Leser zu verzeichnen, und bei Stattfinden des Parteitagbes dürfte die Friedenshöhe des Abonnentenstandes nicht nur erreicht, sondern vielfach um ein wesentliches überschritten sein. Die Partei verfügt gegenwärtig über 169 Zeitungen, 104 davon besitzen eigene Druckereianlagen mit Wohn- usw. Gebäuden. Von den restlichen 65 haben 35 einen selbständigen Verlag. 30 davon werden in Parteidruckereien, 5 in privaten Druckereien hergestellt. Außerdem erscheinen 28 Kopfbblätter und zwei zweimal wöchentlich herausgegebene Landzeitungen (Landbote). Das Mehr der erscheinenden Zeitungen beträgt gegenüber dem Friedensjahr 1914 rund 50 Proz. Einige Verlage planen bereits die Errichtung eigener Druck-

reien. Eine größere Reihe bestehender Druckereigeschäfte arbeitet fleißig an deren Ausbau.

Die durch die Vereinigung nötig gewordene Zusammenlegung von Parteigeschäften ging nicht immer reibungslos vor sich. Der Auffassung des Parteivorstandes, daß der noch Ablösung aller Verpflichtungen vorliebende Ueberseß aus Verkäufen, der Gesamtpartei zuzuführen sei, wurde nicht überall beigetreten. Der volle Ueberseß vom Verkaufsertrag ging der Parteikasse von den der früheren S.P.D. gehörigen Geschäften in Leipzig und Plauen, wie von dem der Zentrale der U.S.P. gehörenden Grundstück in Berlin zu. In den meisten Orten erfolgte eine Verschmelzung des aufgelösten mit dem bestehenden bleibenden Geschäfte, wobei nur das überschüssige Material oder auch das Grundstück verkauft wurde. Anteile von diesen Einnahmen wurden der Parteikasse aus Hagen, Magdeburg, Nürnberg und Bremen zugeführt. In Braunschweig, Erfurt, Königsberg, Elbing, Stettin u. a. wurde die Angelegenheit örtlich geregelt. Der Verkaufsertrag in Dresden wurde für eine für Dtschafsen zu gründende Parteizeitung reserviert. In Berlin war die Druckerei der „Freiheit“ bereits vor der Verschmelzung verkauft. In Düsseldorf und Elberfeld bestehen bis jetzt noch beide örtliche Druckereien, da dort Erstlingsmöglichkeiten vorhanden waren. Für Elberfeld kann jedoch diese vorläufige Regelung nicht als endgültig angesehen werden.

Die der Partei gehörige Diez'sche Druckerei in Stuttgart mußte nach dem Tode des verdienstvollen Genossen Diez verkauft werden, nachdem die für den Druck des „Wahren Jacob“ erforderlichen Maschinen nach Berlin überführt waren. Die schwierigen Existenzbedingungen für dieses und die Finanzlage der Partei zwangen zum Verkauf. Dieser erfolgte unter der Voraussetzung der Weiterführung der Druckerei und damit der Weiterbeschäftigung des größten Teiles des Personals. Leider wurde diese Vorbedingung nicht eingehalten, da der wirtschaftliche Niedergang des Vorjahres die Aufrechterhaltung des Betriebes für den Käufer unmöglich machte.

In den Berichtsjahren 1922/23 und 1923/24 wurden insgesamt 104 Geschäfte durch die Revisoren des Parteivorstandes revidiert, und zwar 72 einmal, 23 zweimal, 5 dreimal, 2 viermal, eins fünfmal. Das Revisionsbureau erlitt durch das Ausschneiden der Genossen Otto Heinrich und Emil Hallupp große Verluste. Der erstere starb plötzlich im November v. J., während Genosse Hallupp zur Leitung des Nürnberger Parteiunternehmens berufen wurde.

Vorwärts.

Aus der Redaktion des „Vorwärts“ waren im Laufe des Jahres 1922 die Genossen Erich Kuttner und Kurt Heinig ausgeschieden, um sich anderen Wirkungskreisen zuzuwenden. Infolge der Einigung der Parteien wurden zwei frühere Redakteure der „Freiheit“, die Genossen A. Stein und Ernst Reuter, in den Redaktionsverband übernommen. Die Zusammenarbeit erfolgte reibungslos und in bestem gegenseitigen Einvernehmen. Der Redaktion lag außerordentlich an einer Umgestaltung des „Vorwärts“ zu einem wirklich großen, alle Kreise der sozialistischen Kulturwelt umfassenden Organ. Erfolgreiche Anlässe, durch Schaffung besonderer Beilagen die verschiedenen Interessensphären zu berücksichtigen, mußten leider wieder ausgegeben werden, da die rapide Marktentwertung die geschäftlichen Ausbaumöglichkeiten in ärgstem Maße behinderte. Seit einer Stabilisierung der Währung und damit auch wieder eine stärkere Bewegungsfreiheit der geschäftlichen Dispositionen eingesetzt hat, ist mit verstärkter Energie der Ausbau des Blattes begonnen worden. Ein ausgedehnter Berichterflatterdienst wurde in Verbindung mit dem Sozialdemokra-

tischen Parlamentsdienst, dessen Geschäftsräume sich im „Vorwärts“-Haus befinden, angebahnt und auf die großen Hauptstädte Europas ausgedehnt. Daneben b.e.b.t das Augenmerk dauernd auf die redaktionell-technische Ausgestaltung des „Vorwärts“ gerichtet. Durch Schaffung einer besonderen Frauenbeilage und einer Bücherchau ist bereits begonnen, das früher Fehlende zu ersetzen.

Nach der Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien auf dem Parteitag in Nürnberg stellte die „Freiheit“ am 1. Oktober 1922 ihr Erscheinen ein. Die Abonnenten gingen fast reiflos zum „Vorwärts“ über und es konnte somit bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen durch gemeinsame Propaganda auf einen weiteren Abonnentenzuwachs g.rechnet werden. Die Verhältnisse gestalteten sich jedoch im Jahre 1923 derartig ungünstig für die gesamte deutsche Presse, daß ihr Fortbestand in Frage gestellt wurde. Die Inflation brachte die bis zum Irrsinn sich überschlagende Entwertung der Mark. Bei dieser ununterbrochenen Entwertung z.r.fossen die monatlich angelegten Abonnements- und Inseratenpreise b.s zu Ende der Bezugszeit in ein Nichts. Die vom Reich eingeleitete Hüfsaktion, durch die H.zabgabe des Waldbesitzes die Presse im Kampf um ihre Existenz zu unterstützen, war dankbar anzuerkennen, jedoch scheiterte die volle Durchführung an dem Widerstand oder der Sabotage der Waldbesitzer. Die Abgaben flossen nur spärlich, so daß im letzten Vierteljahr 1923 die Rückvergütungskasse für die deutsche Presse ihre Zahlungen einstellen mußte.

Trotz aller Schwierigkeiten konnte der „Vorwärts“ dank der Treue seines festen Abonnentenstammes und unter Heranziehung aller Reserven sowie außer, er Sparfameit und Einschränkung im Umfang sein zweimal tägliches Erscheinen leibehalten. Günstigere Ausichten für die Presse brachte die Goldbasis unserer Währung. Mit der Goldberchnung der Bezugs- und Inseratenpreise ist eine gesunde Grundlage für die weitere Entwicklung der Presse gegeben. Die sich allmählich hebende wirtschaftliche Lage führt uns alle diejenigen Abonnenten zu, welche durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit gezwungen waren, das Abonnement auf den „Vorwärts“ aufzugeben. Auch hatte unsere Propaganda für Gewinnung neuer Abonnenten einen günstigen Erfolg. Aus den gleichen wirtschaftlichen Gründen stiegen die Inserateneinnahmen, wodurch die Möglichkeit erwächst, dem „Vorwärts“ nicht nur seinen früheren Umfang zu geben, sondern auch einen weiteren Ausbau vorzunehmen.

Der Parteiverlag J. H. W. Diez Nachfolger G. m. b. H., Berlin.

Durch den Tod des Genossen Diez-Stuttgart wurde die geschäftliche Wendung erforderlich. Sie erfolgte in der Weise, daß der frühere Vorwärts-Verlag mit dem Verlag Diez unter der obenstehenden Firmenbezeichnung zusammengelegt wurde. Der Sitz der Firma befindet sich in Berlin, Lindenstr. 3.

Durch die Inflationzeit Ende 1923 kam auch das Geschäft in Bedrängnis. Der Verkauf von Büchern innerhalb der Arbeiterbewegung wurde fast gänzlich unmöglich, so daß Ende 1923 über die Hälfte der beschäftigten Personen entlassen werden mußten.

Trotz alledem ließ die Geschäftsleitung Vorbereitungen treffen, um alle eingegangenen Zeitschriften usw. in einer besseren Zeit neu erscheinen zu lassen.

Daß dies richtig war, beweist der gegenwärtige Stand des Geschäfts. Seit 1. Juni 1924 sind im Verlage insgesamt tätig: Geschäftsführer 1, Herstellung 1,

Lektor 1, Reisender 1, im Laden 3, Redakteure 4, Buchhaltung 3, Schreibkräfte 3, Expedition 10, Lehrling 1, jugendliche Arbeiter 3, Packer 6, insgesamt 37 Personen.

Neuererscheinungen seit 1. Januar 1924.

Zeitschriften:

„Lachen links“

Das wöchentlich erscheinende republikanische Witzblatt. — Bis zum 22. Mai 1924 sind 22 Nummern erschienen. Der Verlag und die Redaktion sind bemüht, das Blatt inhaltlich und technisch zu verbessern, um die Auflage durch Verbreiterung des Leserkreises zu steigern. (Gesamtauflage jetzt 75 000.)

„Frauenwelt“

Das neue Blatt für die Frauen ist am 1. März erschienen. Bis jetzt liegen 8 Nummern vor. Es ist gelungen, eine Modebeilage zu schaffen; zugleich wurde der Wunsch der Bezieger erfüllt und mit Nr. 4 ein besonderer Schnittmusterbogen der Frauenwelt beigegeben. Die Auflage beträgt jetzt 65 000.

Am 1. April d. J. erschien die erste Nummer der neuen wissenschaftlichen Zeitschrift der Partei,

„Die Gesellschaft“

in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Dem Parteitag wird bereits die dritte Nummer vorliegen. — Die neue Schrift verspricht bei dem großen Kreis von Mitarbeitern aus der Arbeiterinternationale ein für tätige Sozialisten unentbehrliches Organ zu werden.

Endlich erscheint am 1. Juli d. J. wieder fortlaufend das kommunale Zentralorgan

„Die Gemeinde“

Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Das Juliheft liegt bereits vor. — Die Hauptaufgabe der Redaktion soll sein, neben der allgemeinen Kommunalpolitik in weitestem Maße die Interessen der mittleren und kleineren Gemeinden zu berücksichtigen. Daneben soll den großstädtischen Vertretern Rechnung getragen werden.

Buchverlag.

An Büchern und Broschüren in guter Ausführung und bester Ausstattung sind seit dem 1. Januar 1924 im Verlage neu erschienen: 1. Geld und Schwundgeld, von Prof. Dr. Karl Schmidt; 2. Ihr aber lebt, von Richard Lohmann; 3. Das Kind und der Sozialismus, von Max Winter; 4. Hans Baluschek (eine Monographie von Friedrich Wendel); 5. Die drei Vererber Deutschlands, von Kurt Gezer; 6. Dapnis (der erste erschienene Band der Gesamtauflage von Arno Holz' Werken).

Außerdem sind in besserer Ausstattung wieder herausgegeben: Cunow: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie; K e n n e r: B a s s a l l e; K l ü b e l: B e b e l (Sozialistische Klassiker); Kurt Grotte wig: Sonntage eines Großstädtlers in der Natur.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale.

Die allgemeine Offensive der Reaktion, die ihren stärksten Ausdruck fand in dem Horthy-Regiment in Ungarn, dem Faschismus in Italien und dem Hafenkreuzlertum in Deutschland, zwang das Proletariat dazu, alle seine Kräfte zu konzentrieren, um den reaktionären Umtrieben der Kapitalisten eine gefestigte und kampffähige Abwehrfront entgegenzustellen. In Deutschland vereinigten sich die beiden sozialistischen Parteien. Dadurch wurden die Kräfte gestärkt, die auch die internationale Vereinigung der Sozialisten aller Länder erstrebten.

Am 10. Dezember 1922 tagte im Haag eine gemeinsame Sitzung der Vertreter der Exekution der Zweiten Internationale und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien. Es wurde beschloffen, ein gemeinsames Aktionskomitee von zehn Mitgliedern einzusetzen, das die Hauptaufgabe haben sollte, die Einberufung eines internationalen sozialistischen Kongresses vorzubereiten.

Die Zweite Internationale entsandte in dieses Komitee: H e n d e r s o n - England, S t a u n i n g - Dänemark, W a n d e r v e i d e - Belgien, W e l s - Deutschland und ihren Sekretär Tom Shaw; die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien entsandte: A b r a m o w i t s c h - Rußland, B r a c k e - Frankreich, C r i s p i e n - Deutschland, W a l l h e a d - England und ihren Sekretär Adier.

Das Aktionskomitee beschloß in seiner konstituierenden Sitzung vom 12. Dezember 1922, den internationalen Kongreß für den 20. Mai 1923 in Hamburg in Aussicht zu nehmen.

Am 5. und 6. Januar 1923 trat das Aktionskomitee in Köln abermals zusammen. Das Hauptergebnis der Beratung wurde in einem einstimmig beschlossenen Aufruf an die sozialistischen Arbeiter aller Länder zusammengefaßt, durch den die sozialistischen Parteien zum Hamburger Kongreß geladen wurden.

In einer weiteren Sitzung, vom 4. bis 6. April 1923 in Bregenz, formulierte das Aktionskomitee einen Entwurf der Statuten der zu gründenden Sozialistischen Arbeiterinternationale und stellte ferner die Geschäftsordnung für den Kongreß fest. Damit hatte das Aktionskomitee seinen Auftrag erledigt.

Am 21. Mai 1923 wurde der Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß im festlich geschmückten großen Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses eröffnet. Zugelassen waren 620 Delegierte aus 30 Ländern.

Eingehend beschäftigte sich der Kongreß mit den imperialistischen Friedensschlüssen und den Aufgaben der Arbeiterklasse. Er stellte fest, daß die Friedensverträge die wirtschaftlichen Notwendigkeiten vergewaltigt und dadurch die Krise verlängert und verschärft und den Wiederaufbau der zerstörten Wirtschaft gehemmt hätten. Der Imperialismus der herrschenden Kapitalistenklassen drohe die Menschheit in neue Kriege zu stürzen. Der imperialistischen Politik stellte das Proletariat seine Politik des Friedens, der Völkerefreiheit und des Sozialismus entgegen. Erstes Erfordernis des proletarischen Kampfes gegen den Imperialismus sei, daß die Arbeiterparteien aller Länder jede Unterstützung eines imperialistischen Krieges ablehnen und daß ihre parlamentarischen Vertreter die imperialistischen Zwecken dienenden Militär- und Kriegskredite verweigern.

Die deutsche Reparationspflicht müsse beschränkt werden auf die wirklichen materiellen Schäden und sei begrenzt durch die wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das Werk der Reparationen könne praktisch nur durchgeführt werden, wenn ein Übereinkommen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern erfolge und wenn zugleich auf die Methoden der Gewalt und Gebietsbefestigungen verzichtet würde.

Der Kongreß rief die Proletarier aller Länder auf, ihre ganze Kraft zum entschlossenen Kampf gegen die internationale Reaktion zu sammeln, die gemaltätigen Angriffe des Kapitalismus abzuschlagen, die Demokratie in der ganzen Welt wiederherzustellen und so die Bedingungen zu schaffen, die den Sieg des Sozialismus verbürgen.

Der Kongreß:

proklamierte einmütig gegen die militärische Besetzung des Ruhrgebiets, durch die das höchste Gesetz der Völker, in Frieden zu leben und zu arbeiten, verletzt worden sei.

Er forderte die Räumung Georgiens durch die Sowjettruppen und die Wiederherstellung der Souveränität des georgischen Volkes.

Er verurteilte die blutige Gewaltherrschaft, der Armenien durch die Türkei und durch Rußland unterworfen worden sei, und forderte für das armenische Volk das Recht der Selbstbestimmung.

Er lenkte die Aufmerksamkeit der Proletariat auf den Raum der von Rußland und Deutschland losgetrennten Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer, auf der Balkanhalbinsel und in Mitteleuropa. Hier seien manche der neuen Staatsgrenzen nicht nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gezogen, sondern durch die Gewalt diktiert worden. Der Kongreß verpflichtete die sozialistischen Arbeiterparteien für das Selbstbestimmungsrecht aller dieser Völker einzutreten.

Er lenkte ferner die Aufmerksamkeit auf die Versuche der kapitalistischen Regierungen, auf dem Wege der Finanzkontrolle und durch andere wirtschaftliche Maßnahmen eine verschleierte Form der Intervention zu schaffen. So begünstigte in Oesterreich die Finanzkontrolle die kapitalistische und monarchistische Reaktion und bedrohe die Macht der Arbeiterklasse. So laste der wirtschaftliche Druck der kapitalistischen Regierungen auf der äußeren und inneren Politik der neugebildeten Staaten.

Er erklärte es als Pflicht aller Sozialisten und Arbeiterparteien, die russischen Sozialisten in ihrem Wirken gegen das System der terroristischen Parteidiktatur in Rußland zu unterstützen, um zum Regime der politischen Freiheit und der demokratischen Selbstverwaltung des russischen Volkes zu gelangen. Nur so könne Rußland als eine Stütze der proletarischen Revolution erhalten werden.

Zur Frage des Achtstundentages und der internationalen Sozialreform erklärte der Kongreß seine volle Uebereinstimmung mit der Tätigkeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf dem Gebiete der Sozialpolitik. Der Kongreß forderte die angeschlossenen Parteien auf, all ihre Kraft auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete einzusetzen, um diese Bestrebungen, insbesondere jene, die auf die Behauptung des Achtstundentages abzielen, zu verwirklichen.

Die organisatorischen Grundlagen der Sozialistischen Arbeiterinternationale bedeuten eine straffere internationale Vereinigung der angeschlossenen Parteien.

Die angeschlossenen Parteien müssen in der Erreichung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische das Ziel und im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse anerkennen.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale hat die Aufgabe, die Tätigkeit der angeschlossenen Parteien zu vereinheitlichen und in gemeinsamen Aktionen zusammenzufassen. Sie erstrebt die gänzliche Vereinheitlichung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung.

Jeder Beschluß der Internationale bedeutet eine selbstgewollte Einschränkung der Autonomie der Parteien der einzelnen Länder. Nur dann kann die Internationale lebendige Wirklichkeit sein. Bei Konflikten zwischen Nationen gilt die Internationale als höchste Instanz für die angeschlossenen Parteien.

Die Sozialistische Arbeiterinternationale ist nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während jedes Krieges.

Organe zur Erfüllung dieser Aufgaben sind: 1. der Internationale Kongreß; 2. die Exekutive; 3. das Bureau; 4. die Geschäftskommission; 5. Das Sekretariat.

Als Sitz des Sekretariats wurde London bestimmt. Die Exekutive konstituierte sich unmittelbar nach dem Schluß des Internationalen Kongresses. Die Vertreter der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands delegierten die Genossen Crispian, Müller und Wels in die Exekutive. Zu ihrem Vorstehenden wählte die Exekutive Henderson-England, zum Kassierer Gosling-England und zu Sekretären Friedrich Adler und Thom Shaw. Die Exekutive wählte ferner das Bureau, bestehend aus Abramowitsch-Rußland, Bauer-Oesterreich, Bracke-Frankreich, Branting-Schweden, Henderson-England, Modigliani-Italien, Troelstra-Holland, Vanderveide-Belgien, Wels-Deutschland. Die Geschäftskommission besteht aus den Sekretären Adler und Shaw, dem Kassierer Gosling, den Vertretern Englands in der Exekutive: Henderson, Macdonald, Thomas, den von der Exekutive gewählten Mitgliedern Allen, Wallhead, Sidney Webb.

Diese Tagung der Sozialistischen Arbeiterinternationale bedeutet einen verheißungsvollen Anfang auf dem Wege zur internationalen Tat der Proletariat aller Länder. Ein Anfang, denn die Gründer waren sich darüber durchaus klar, daß der Neubau der Internationale nicht das Werk eines Komitees oder einer einzelnen Parteigruppe sein kann. Er muß hervorgehen aus dem Anpassungsprozeß der sozialistischen Parteien aneinander. Dieser Anpassungsprozeß, in dem in geistigem Ringen die Uebereinstimmung der Auffassungen erarbeitet werden muß, bedarf der Zeit. Die internationale Organisation der Arbeiterklasse kann daher in dem Monat ihres Entstehens nicht das Ergebnis der prinzipiellen Uebereinstimmung aller in ihr vertretenen Parteien sein, sie ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, um einer solchen Uebereinstimmung näherzukommen. Indem die proletarischen Parteien ihre Erfahrungen austauschen, indem sie sich bemühen, durch tatkräftige gemeinschaftliche Arbeit ihre Uebereinstimmung über die Ziele und Methoden der internationalen Arbeiterbewegung mit Unermüdlichkeit in die Praxis umzusetzen, werden sie in immer weiterem Umfange die notwendige Basis für gemeinsame Aktionen des Weltproletariats schaffen.

Abchluß der Hauptkaffe für die Zeit vom 1. Januar 1924 bis 30. April 1924.

Einnahmen	Januar Markt	Februar Markt	März Markt	April Markt	Summa Markt
Raffenbestand am 1. 1. 24	—	—	—	—	10 423,12
Beiträge aus d. Bezirken	19 006,70	28 885,24	21 222,15	26 036,43	95 150,52
Sonstige Beiträge . . .	18 937,94	32 394,65	23 459,60	61 947,45	136 739,64*
Aus d. Parteigeschäften	24 233,56	27 486,36	34 376,29	33 025,01	119 121,22
2 % vom Umsatz . . .	—	—	—	—	—
Aus d. Parteigeschäften	2 350,00	6 850,00	2 000,00	814,00	12 014,00
20 % v. Reingewinn	2 991,53	569,11	575,01	426,75	4 562,40
Aus d. Einlaufzentrale	703,20	—	60,00	—	763,20
Darlehnskonto	105,00	—	—	—	105,00
Rinjen	1 448,90	645,29	1 732,50	3 492,75	7 319,44
Diverse	—	—	—	—	—
Summa . . .	69 776,83	96 830,65	83 425,55	125 742,39	386 198,54
Ausgaben					
Zuschüsse für Agitation an die Bezirke	2 260,00	1 420,00	190,00	—	3 870,00
Drucksachen f. Agitation	1 509,60	149,15	—	1 112,55	2 771,30
Gebälter für die Bezirkssekretäre	13 140,00	9 400,00	16 380,00	19 490,00	58 410,00
Honorare	40,17	7,36	135,00	80,00	262,53
Fahrtgelber und Diäten für die Agitation	1 661,70	1 190,75	2 052,10	617,00	5 521,55
Bildungsausgab	920,77	633,91	607,50	712,00	2 874,18
Beamtenagitation	605,34	342,71	360,85	679,60	1 988,50
Archiv der Partei	578,28	453,63	539,50	502,45	2 073,86
Soz. Arbeiter-Jugend	1 041,02	735,52	692,70	835,75	3 304,99
Arbeitsgem. soz. Lehrer	480,29	327,35	—	—	807,64
Parteipresse u. Revision der Parteigeschäfte	883,60	1 134,80	684,85	716,85	3 420,10
Wablitation	—	—	50 593,00	93 121,90	143 714,90
Anwalts- und Prozeßkosten	31,20	19,85	25,00	200,00	275,85
Unterstützungen	162,80	181,50	225,00	85,00	654,30
Darlehnskonto	—	5 560,00	3 000,00	3 000,00	11 560,00
Versicherungsbeiträge	3 970,00	2 712,05	3 204,10	2 921,59	12 807,74
Verwaltungsausgaben, persönliche	10 113,60	6 630,80	6 666,00	7 492,00	30 902,40
Verwaltungsausgaben, sächliche	2 235,74	896,01	3 848,77	1 348,69	8 329,21
Sonst. ges	392,52	5 679,38	27 348,31	4 730,89	38 151,10
Raffenbestand a. 30. 4. 24	—	—	—	—	54 493,59
Summa . . .	40 026,63	37 479,57	116 552,48	137 646,27	386 198,54

Berlin, den 26. Mai 1924.

Revidiert und für richtig befunden: Die Kontrollkommission.

Fr. Brühne, Ch. Hengsbach, A. Brey, R. Wengels.

* Darunter 63 187,39 Mf. von den ausländischen Bruderparteien.

Die Unterstützungs-Vereinigung in neuer Gestalt.

Die Unterstützungs-Vereinigung, die 1902 ins Leben gerufen wurde, hat am 1. April d. J. ein etwas gewalttames Ende erreicht. Die Kaffe, die, wie ihr Name sagt, keine auf versicherungstechnischer Grundlage aufgebaute Versicherungsgesellschaft sein wollte, sondern nur eine freiwillige Unterstützungseinrichtung, hatte bis in die Kriegszeit hinein eine mäßige Unterstützung gezahlt an invalide Angestellte der Gewerkschaften und der Partei, sowie an die Hinterbliebenen der verstorbenen Angestellten. Am Ende des Jahres 1922 hatte die Vereinigung ein Vermögen von 5 345 908 Mf. angeammelt, das allerdings zu der Mitgliederzahl von 6515 nicht hoch erschien, aber vorab die Leistungen im alten Umfang sicherte.

Diese Leistungen waren nun in den 20 Jahren des Bestehens der Kaffe sehr erheblich angewachsen, denn die Vereinigung unterstützte Ende 1922 409 Witwen mit 302 Kindern und 74 Invaliden. Die Jahresausgabe an Unterstützung war auf 3 802 100 Mf. angewachsen.

Mit dem Verfall der Markt ging es der Kaffe wie ähnlichen Unternehmungen. Ihr Vermögen verlor sich in der Papierflut. Der verzweifelte Versuch, durch Erhöhung der Beiträge die Leistung auf der bisherigen Höhe zu halten, mißlang. Bei dem Weitlauf, die Beiträge mit der fallenden Markt auf gleicher Höhe zu halten, unterlag die Vereinigung; denn immer, wenn die Beiträge herein kamen, bedeuteten sie nur noch einen geringen Bruchteil dessen, was als Wert zurzeit in Ansatz gebracht war.

Der Vorstand empfand das alles, aber die Lösung für einen leidlich befriedigenden Abschluß war schier unmöglich, wenn nicht zu einer großzügigen Aenderung gegriffen wurde. Diese Reform mußte sich noch nach anderer Seite Geltung verschaffen, wenn man nicht dem langsamen Verfall der Kaffe entgegen sehen wollte. Neben der Unterstützungs-Vereinigung kamen immer mehr eigene Unterstützungskassen der Gewerkschaften auf, und schließlich ging auch die Partei dazu über, die Redakteure und Parteiangestellten in eine besondere Unterstützungseinrichtung hineinzunehmen. Dieses Nebeneinanderbestehen der verschiedensten Kassen mit doppelter Versicherung der Angestellten erschien als ein unhaltbarer Zustand. Die Unterstützungs-Vereinigung hätte ruhig ihre Tätigkeit einstellen können, wenn es möglich gewesen wäre, für die 74 Invaliden und die 409 Witwen mit ihren 302 Kindern eine andere Fürsorge bereitzustellen. Es kam ferner hinzu: Was sollte mit den Versicherten geschehen, die nicht die Möglichkeit hatten, einer der neu gegründeten Kassen beizutreten.

Eine Neugestaltung war notwendig. Vom 1. April haben Gewerkschaft und Partei eine Unterstützungseinrichtung, für die die Mittel gemeinsam aufgebracht werden.

Was zunächst die Leistungen anbetrifft, so wird nach der neuen Satzung für Unterstützungsfälle, die nach dem 1. April eintreten, folgendes bestimmt:

Es erhalten ehrenamtliche Gewerkschaftsfunktionäre, wenn sie durch Unfall zu Schaden gekommen sind, ebenso wie Angestellte für den Fall der Invalidität eine Unterstützung, die im Falle des Todes auch den Hinterbliebenen zuteil wird. Nach Zurücklegung des 65. Lebensjahres soll der Angestellte eine Altersunterstützung erhalten, sofern er seine bisherige Stellung aufgibt. Die Unterstützung der Angestellten bei Invalidität bemißt sich nach der Zahl der Dienstjahre, die der Angestellte in der Arbeiterbewegung zu verzeichnen hat. Sie setzt nach drei Jahren mit 20 Proz. des Gehalts ein und steigt mit jedem weiteren Jahre um 3 Proz. bis zu 80 Proz., die nach 23 Dienstjahren erreicht werden.

Beim Ableben des Angestellten erhält die Witwe 60 Proz., die Kinder 5 Proz. der Unterstützung, die dem Verstorbenen für den Fall der Invaliddität gewährt worden wäre, begrenzt in der Zusammenfassung auf 80 Proz. Die Altersunterstützung soll ganz wie die Invalidenunterstützung berechnet werden.

Es werden also nicht mehr die Beitragsjahre in Anrechnung gebracht, sondern die Zeit, die für den Angestellten als Dienstjahre in der Arbeiterbewegung in Frage kommt. Die Organisation hat ihre Angestellten bei der Unterstützungs-Vereinigung anzumelden, der Angestellte zahlt seinen Beitrag an den Verband, von dem er angestellt ist. Die Kasse rechnet nur mit den Verbänden ab. Die Unternehmungen der Sozialdemokratischen Partei führen ihre Leistungen an den Parteivorstand ab, der weiter mit der Unterstützungs-Vereinigung die Abrechnung vollzieht.

Die Vereinigung sammelt kein Vermögen an, da die Aufbringung der Mittel durch die Verpflichtungen der Organisationen auf sichere Grundlage gestellt ist.

Für die Rentenempfänger der Unterstützungs-Vereinigung, die vor dem 1. April d. J. nur von dieser eine Unterstützung bezogen, mußte eine anderweitige Regelung eintreten, die sich aber an die früher gewährten Sätze anlehnt. Die Regelung geschah in folgender Weise: Es werden monatlich gezahlt:

	Witwen- unterstützung	Waisen- unterstützung
bis zu 5jähriger Mitgliedschaft	25 Mk.	4 Mk.
bis zu 10jähriger Mitgliedschaft	30 Mk.	5 Mk.
bis zu 15jähriger Mitgliedschaft	35 Mk.	6 Mk.
bis zu 20jähriger Mitgliedschaft	40 Mk.	7 Mk.
bei über 20jähriger Mitgliedschaft	50 Mk.	8 Mk.

Invalidenunterstützung:

bis zu 5jähriger Mitgliedschaft	50 Mk.
bis zu 10jähriger Mitgliedschaft	60 Mk.
bis zu 15jähriger Mitgliedschaft	70 Mk.
bei über 15jähriger Mitgliedschaft	75 Mk.

Was die Aufbringung der Mittel anbetrifft, so ist vereinbart, daß die für Verwaltung und Unterstützung notwendigen Summen auf die Partei und Gewerkschaften umgelegt werden, und zwar belastet nach den gezahlten Gehältern an die Angestellten. Vorläufig sind von der Kasse 5 Proz. des Gehalts gefordert.

Als Einzelmitglied kann nur derjenige der Unterstützungs-Vereinigung weiter angehören, der nicht in einer Gewerkschaft oder in einem Parteiunternehmen angestellt ist. Als solche Einzelmitglieder kommen im wesentlichen in Betracht Arbeitersekretäre, Kartellangestellte, freie Schriftsteller und die bisher uns angehörenden Angestellten aus anderen Korporationen der Arbeiterbewegung. Ferner diejenigen, die aus einem Anstellungsverhältnis ausgetreten sind, aber die Mitgliedschaft mit Genehmigung des Vorstandes fortgesetzt haben, oder nachdem sie bereits zehn Jahre Mitglied waren, ohne besondere Genehmigung des Vorstandes die Mitgliedschaft aufrechterhalten konnten. In diesem Zustand wird auch gegenwärtig nichts geändert.

Diese Einzelmitglieder müssen ihre Beiträge auf Postcheckkonto Berlin Nr. 8177, Robert Schmidt, einsenden. Markenquittung wird nicht mehr erteilt; das Mitglied erhält am Schluß des Jahres eine Aufrechnung der gezahlten Beiträge. Der Beitrag ist monatlich im voraus einzuzahlen, und es darf ein Rückstand über drei Monate nicht eintreten. Das Mitglied geht sonst seiner Rechte verlustig. Der Beitrag beträgt 5 Proz. des Gehalts, geht aber über 20 Mk. im Monat nicht hinaus,

da eine Gehaltssumme über 400 Mk. im Monat nicht in Anrechnung kommt. Das Einzelmitglied kann die Fortsetzung der Mitgliedschaft sich erleichtern, indem es nur die Hälfte des Beitrags zahlt. Die Folge ist dann, daß auch die eventuell in Frage kommende Unterstützung um die Hälfte gekürzt wird. Tritt später eine volle Beitragszahlung wieder ein, so sollen erst nach fünf Jahren Beitragszahlung die vollen Unterstützungssätze in Anrechnung kommen.

Die Verwaltung der Kasse ist vereinfacht. Es ist ein Verwaltungsrat gebildet, der aus den Vertretern der angeschlossenen Organisationen zusammengesetzt ist. Dieser Verwaltungsrat kann jederzeit die Statuten ändern und dient zugleich als Beschwereinstanz. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat gewählt.

Der Verwaltungsrat der Zuschuß- und Unterstützungskasse der Partei hat gemeinsam mit dem Parteivorstand beschlossen, sich der neuen Unterstützungs-Vereinigung anzuschließen. Dadurch wurde der Kreis der Versicherungsberechtigten erweitert. Alle Angestellten, die bisher der alten Unterstützungs-Vereinigung angehörten, werden jetzt ebenfalls durch den Parteivorstand bei der neuen Kasse versichert. Die Zahl der vom Parteivorstand jetzt gemeldeten Angestellten beträgt 1068.

Alle Angelegenheiten, die Unterstützungskasse betreffend, sind auch fernerhin mit dem Parteivorstand zu regeln. An denselben sind auch die Beiträge (zurzeit 6 Proz. des Gehalts) zu entrichten, und zwar auf das Konto: Zuschuß- und Unterstützungskasse der Sozialdemokratischen Partei, Berlin 95 611.

In dem Verwaltungsrat der neuen Kasse hat der Parteivorstand 4 Sitze, im Vorstand zurzeit 2. Auf je 200 Versicherte entfällt 1 Stimme im Verwaltungsrat.

Protokoll.

Eröffnungssitzung.

Mittwoch, den 11. Juni 1924, nachmittags 6 Uhr.

Der Sozialdemokratische Parteitag zu Berlin wurde am Mittwoch, den 11. Juni, abends 6 Uhr, im PlenarsitzungsSaale des Preussischen Landtags eröffnet. Nachdem der Männerchor „Fichte-Georgia 1879“ unter Leitung des Musikdirektors Knöchel das Opferlied von Beethoven und das Lied „Ich warte dein“ stimmungsvoll vorgetragen hatte, ergriff Genosse Künstler-Berlin das Wort:

Künstler-Berlin: Werte Parteigenossinnen und -genossen! Im Auftrage der Berliner Parteigenossen heiße ich die Delegierten und Gäste des Parteitags der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands herzlichst willkommen. In einer politisch äußerst bewegten Zeit, die nach Entscheidungen drängt, versammeln Sie sich als die berufenen Vertreter der in Nürnberg geeinten Sozialdemokratie zu einer Tagung, die nicht allein für die Sozialdemokratie, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterbewegung von entscheidungsvoller Bedeutung ist. Überall da, wo proletarische Herzen der Sozialdemokratie entgegenschlagen, wo Arbeiter von den großen und heiligen Ideen des Sozialismus durchdrungen sind, wird dieser Parteitag lebhaften Widerhall finden. War Nürnberg ein Parteitag der Einigung und Sammlung, so machen Sie den Berliner Parteitag zu einem Parteitag der Waffenschmiede für unsere geeinte Sozialdemokratie! Das ist der Wunsch und die Bitte, die wir Berliner Parteigenossen dem Parteitag glauben vortragen zu dürfen. Nichts könnte mehr im Interesse der Sozialdemokratie und der gesamten deutschen Arbeiterklasse liegen, als wenn der Parteitag diesen Wunsch erfüllen würde.

Die deutsche Arbeiterschaft geht schweren Kämpfen entgegen. Die jüngsten Kämpfe der Wert- und Bergarbeiter um den Achtkundentag, um die kleinsten und bescheidensten Forderungen zur Verbesserung der Lebenslage für das Proletariat, waren erst die Vorpostengefechte der bevorstehenden großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. In diesen Kämpfen um das nackte Dasein braucht die Arbeiterklasse außer harten Gewerkschaften eine zielbewußte und energische Führung durch die Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokratie — das ist die Auffassung aller meiner Berliner Parteifreunde — ist nach wie vor die einzige Partei, die dem Proletariat Ziel und Richtung zu weisen hat. Das soll und muß in den Beschlüssen zum Ausdruck kommen, die Sie in den nächsten Tagen zu fassen haben. Von diesem ersten Parteitag der geeinten Sozialdemokratie muß ein Alarmruf an das gesamte deutsche Proletariat zur Sammlung und Kampfschloffenheit ergehen. Der Parteitag soll und muß die Marschrichtung angeben, die Deutschlands Arbeiterschaft in der nächsten Zeit einzuschlagen hat.

Wie im Reich so hat die hoffentlich für alle Zeit hinter uns liegende Inflationsperiode auch in Berlin unserer Parteiorganisation schweren Schaden zugefügt. Nur unter großen Opfern haben wir in der aller schlimmsten Zeit fast alle Organisationseinrichtungen aufrechterhalten können, brauchen nicht zum

Abbau unserer Sekretäre zu schreiten. Und wenn wir Berliner unseren großen Bruder in der Lindenstraße, unseren Parteivorstand in finanzieller Hinsicht zu friedensstellen konnten — das ersehen Sie auch aus dem Geschäftsbericht unseres Parteivorstandes —, so ist das nur durch die große Opferfreudigkeit aller unserer Berliner Parteigenossinnen und -genossen möglich gewesen. Als eine proletarische Organisation haben wir unter den Einwirkungen der Inflationszeit schwer zu leiden gehabt. Das hat uns in Berlin und im ganzen Reich außerordentlich geschwächt und in unserem Vorwärtstommen stark behindert. Aber wir gehen jetzt mit frohem Mut an die Aufbauarbeit in Berlin, und wir geben heute als Berliner dem Parteitag und damit unserer gesamten Partei das Versprechen, daß wir versuchen werden, in kürzester Frist alle Positionen in Berlin zurückzuerobern im Interesse der Partei und der gesamten deutschen Arbeiterschaft.

Mögen die Gegner sich noch so sehr die Kehlen heißer schreien: die Sozialdemokratie ist dem Untergange geweiht! Wir wissen, daß wir die Kraft haben zum Leben, und daß wir stärker werden, so stark, daß wir alle unsere Gegner in den Staub zwingen werden. Wir alle werden ohne Ausnahme unsere Pflicht im Interesse der Partei tun.

Ich heiße Sie nochmals herzlichst willkommen und wünsche Ihren Beratungen den besten Erfolg. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hierauf ergriff Genosse Crispian das Wort zu der Eröffnungsrede.

Crispian-Berlin: Genossen und Genossinnen! „Die junge deutsche Republik kämpft schwer gegen innere und äußere Gegner. Gewaltstöße der monarchistischen Reaktion erschüttern ihre Grundlagen. Der Krieg und seine Folge, der Frieden von Versailles, hat sie zum Schuldtrichter der Welt gemacht. Die ungeheure Not der arbeitenden Massen dient der schrankenlosen Bereicherung weniger und fördert den Aufstieg einer Kapitalherrschaft, die das öffentliche Leben korrumpiert und sich den Staat zu unterwerfen ansieht.“ Mit diesen Worten wurde in dem Manifest des Einigungsparteitags von Nürnberg die politische Situation geschildert, eine Charakterisierung der politischen Situation, die heute noch zutrifft, und die es uns allen verständlich macht, daß diese Situation die Einigung der sozialistischen Parteien rascher herbeiführte als viele glaubten, und die die Einigung auch ohne ernstliche Reibungen ermöglichte, die aber auch die Einigung der sozialistischen Parteien erzwungen hat. Denn es handelt sich nicht mehr darum und zu gleicher Zeit wieder nicht um die Uebernahme der Macht durch das Proletariat. Es handelt sich vornehmlich um die Verteidigung der Republik mit allen ihren Rechten für das Proletariat als den besten und erfolgreichsten Kampfmodus des Proletariats, um die Gewaltstöße der Reaktion abzuwehren, um die Gewaltmethoden jener Imperialisten vom Schlage eines Poincaré niederzukämpfen, und um die Uebernahme der Macht durch das Proletariat vorzubereiten.

Wenn wir heute fragen, ob die Einigung richtig und erfolgreich war, so wollen wir zunächst beachten, was auch auf den Parteitagen ausgesprochen wurde, auf denen die Einigung vorbereitet wurde, daß die Einigung nicht ein Ereignis sein kann, das mit einem Schlage zu einem reiflosen Erfassen aller proletarischen Schichten und Richtungen führen kann, sondern daß die Einigung ein Prozeß ist, und daß die völlige Einigung des Proletariats vom Proletariat selbst erkämpft und errungen werden muß. Begleitet von harten Erfahrungen und von Einsichten, die auch diejenigen Schichten des Proletariats in die Bahn zur gesamten Einigung drängen, die heute diese Aufgabe der Gegenwart für die sozialistische Bewegung aller Länder noch nicht erkannt haben. Daß die Einigung richtig war, lehrt uns nicht zuletzt auch das Schicksal jener Gruppen, die die Einigung nicht mitgemacht haben: der Zerfall des Restes der Unabhängigen Sozialdemokratie, die sich bereits gespalten hat, eine

Spaltung, die sich in der Errichtung eines sozialistischen Bundes ausdrückt, der typischen Zerfallerscheinung, einer Bewegung, die sektiererhaft geworden ist.

Auf der anderen Seite sehen wir, daß die bolschewistische Bewegung auch in Deutschland organisatorisch keinen Fortschritt macht und damit auch politisch keine Rolle spielen kann. Denn in der Organisation, in ihrem Leben und Aufsteigen liegt die Grundbedingung für politische Wirkungsmöglichkeiten und Erfolge. Wer die bolschewistische Bewegung auch in Deutschland so kennengelernt hat, wie wir Sozialisten, die sie als ihre Hauptfeinde betrachtet, wer sie in ihrem Auftreten im Reichstag beobachtet hat, der sieht, daß sich die Führung der Bolschewisten entkühlt als ein Sammelsurium wildgewordener Kleinbürger und Intellektueller, unausgebildeter, rückständiger Arbeiter und von Elementen, die käuflich sind. Die bolschewistische Bewegung ist von Syndikalisten und Anarchisten durchsetzt. In dieser Zeit, wo die Republik und der Sozialismus aufs äufferste von der kapitalistischen Reaktion und von der wilden bolschewistischen Bewegung bedroht wurden, war die Einigung die Rettung des Sozialismus in Deutschland, die Stärkung des Sozialismus auf internationalem Gebiet.

Ob die Einigung erfolgreich war, auf diese Frage gibt uns auch der Stand unserer eigenen Parteibewegung Antwort. Die Sozialdemokratische Partei hat sich selbst in der furchtbarsten Krisen- und Inflationszeit im Sommer und im Herbst 1923 behauptet und sie ist jetzt wieder organisatorisch im Aufstieg begriffen. Wir konnten eine Reihe neuer Einrichtungen treffen und unseren Genossen neue Waffen geben. Wir sehen überall in unserer Organisation, daß Tatkraft und Kampfwille wieder lebendig geworden sind. Die Vereinigte Sozialdemokratie hat sich in einem Wahlkampf relativ gut behauptet, in dem wir von der bürgerlichen Reaktion und von den Bolschewisten — da besteht eine Einheitsfront von Reventlow bis zu Frau Gohle — vernichtet werden sollten. Wir haben uns relativ gut behauptet und haben das darin auch öffentlich bekunden können, daß unsere Fraktion im Reichstag bereits wieder Angriffsaktionen unternommen und neu vorbereitet hat, die sich gegen die übermäßige Belastung der arbeitenden Massen richten. Sie brauchen nur einen Blick auf die Anträge der Fraktion im neuen Reichstag zu werfen, um zu erkennen, daß wir jetzt wieder ein Stadium erreicht haben, in dem wir uns nicht mehr auf dem Rückzug vor der marschierenden Reaktion befinden, sondern wo der Rückzug bereits zum Stillstand gekommen ist und umfassende Angriffsaktionen vorbereitet werden können.

Nun das Wichtigste. Die Einigung in Deutschland hat beschleunigend auf die internationale Einigung gewirkt. Die wiedererstandene sozialistische Internationale ist einer der größten Beweise für die Erfolge der Einigung der sozialistischen Parteien in Deutschland. Die Bildung der sozialistischen Arbeiterinternationale und ihr inniges Zusammenarbeiten mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund wirken günstig auf die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in allen Ländern und auf die Gestaltung der Reparationsfrage. Die Reparationsfrage in all ihren internationalen und nationalen Ausmaßen, die Frage, ob Krieg oder Frieden sein soll, das ist die politische Frage der Gegenwart, und von der Lösung dieser Frage hängen Leben und Sterben der sozialistischen Bewegung und von Millionen Proletariern in allen Ländern ab. (Zustimmung.) Das erkannt zu haben und an der Lösung der Reparationsfrage im Sinne einer friedlichen Lösung auf wirtschaftlicher Grundlage konsequent und unverbissen gearbeitet zu haben, das ist das weltgeschichtliche Verdienst der sozialistischen Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Wir sehen auf internationalem Gebiet, daß schon vor der Wiedererrichtung der sozialistischen Arbeiterinternationale von drei Punkten aus an einer friedlichen Lösung des Reparationsproblems gearbeitet wurde: von London aus, dem

Sitz der zweiten Internationale, von Amsterdam aus, dem Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, und von Wien aus, dem Sitz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien. Wir haben insbesondere in der Frage der Reparationen, obgleich wir organisatorisch damals noch keine Einheit bildeten, in vollkommener Einmütigkeit gearbeitet und unsere Entschlüsse gefaßt. Ich verweise insbesondere auf die internationalen Konferenzen im Jahre 1921, in Frankfurt im Jahre 1922, in Hamburg im Jahre 1923, in Luxemburg und Wien im Jahre 1924. Wir haben erlebt, daß die Arbeit, die wir von drei Punkten aus aufnahmen, uns immer näherbrachte und zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft führte und so die Einigung auf internationaler Grundlage mächtig förderte. Heute können wir feststellen, daß der Krieg, der nationalistiche Siegestaumel und der Bolschewismus wohl manch eine sozialistische Organisation zer schlagen haben, daß aber der Sozialismus lebendig blieb und sich von neuem die organisatorischen Formen schuf, die er brauchte, um sich mit größerer Stärke wieder betätigen zu können.

In der Reparationsfrage waren wir uns einig, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Frieden Europas und der übrigen Welt ist. Die Durchführung der Reparationen mußte begrenzt werden von den wirtschaftlichen Möglichkeiten. Als Bedingungen stellten wir auf unseren internationalen Konferenzen ferner auf: die Notwendigkeit eines vollständigen und aufrichtigen Übereinkommens der beteiligten Länder, den Verzicht auf die Methoden der Gewalt und des Zwangs und der Gebietsbefugungen und eine Beschränkung der Reparationen auf die wirklichen materiellen Schäden unter Verzicht auf alle Lasten ähnlich denen der Militärpensionen. Die Widerstände, die sich unseren Bestrebungen auf dem Gebiet der Reparationsfragen entgegenstellten, waren ungeheuer groß. Sie waren vorhanden in dem festgestrunkenen internationalen Kapitalismus, in der inneren kapitalistischen Reaktion und in der bolschewistischen Bewegung in allen ihren Spielarten.

Aber auf unserer Seite standen fördernde Kräfte, und da war es vor allen Dingen die Tatsache, die immer klarer wurde, daß die Gewaltmethoden, mit denen die Reparationsfrage gelöst werden sollte, daß die Belastungen Deutschlands über ein erträgliches Maß hinaus auch verderblich selbst auf die sogenannten siegreichen Staaten wirkten, daß deren Maßnahmen, die sich gegen Deutschland richteten, sich zugleich auch gegen die arbeitenden Massen in Frankreich, England, Belgien, Italien und sogar in den Vereinigten Staaten richteten. Das Resultat der Versuche, die Reparationsfrage, die Frage, ob Krieg oder Frieden sein soll, durch Gewaltmethoden zu lösen, ist eine ungeheuerliche Krise mitten in Europa, eine Störung der Weltwirtschaft, eine Weltwirtschaftsanarchie.

Zu den fördernden Kräften gehörte vor allem die Erstarkung der sozialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern. Die Sozialisten haben auf den internationalen Konferenzen die Verpflichtung übernommen, in jedem Lande auf ihre Regierung und auf die widerspenstigen Parteien einzuwirken, damit Vernunft und Verständigung und internationales Zusammenarbeiten der Völker sich endlich durchsetzen können.

Wir Sozialisten in Deutschland übernahmen die Verpflichtung vor der Internationale, in Deutschland den Erfüllungsgedanken durchzusetzen gegen alle Widerstände der Bürgerlichen und der Bolschewisten. Wir übernahmen ferner die Verpflichtung vor dem deutschen Proletariat, unsere ganze Kraft einzusetzen, daß bei der Durchführung der Reparationsfrage im Lande selbst die Belastung nach sozial gerechten Grundsätzen erfolgt. Wir verstehen darunter keine Gerechtigkeit im bürgerlichen Sinn. Wir wissen, daß Moral und Gerechtigkeit in einer Klassengesellschaft sich nicht durchsetzen können. Wir verstehen unter sozial ge-

rechter Belastung ganz bestimmte Maßnahmen zum Schutz der arbeitenden Massen und zu einer ausreichenden Heranziehung der Besitzenden.

Wenn wir nun fragen, wie die sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern ihre Pflicht erfüllt haben, dann will ich zunächst feststellen: die sozialistische Internationale wird erst in einem verstärkten Maße eine Organisation internationaler Aktionen sein können, die sich auf Aufgebot von Massen stützen, wenn wir dafür die Vorbedingungen in den einzelnen Parteien geschaffen haben. Aber auch ohne daß wir bisher große nationale Massenaktionen mit direkten Wirkungen ermöglichen konnten, können wir sagen, daß unsere sozialistische Internationale erfolgreiche Arbeit geleistet hat, die sich zum Segen für die Völker auswirken wird. Wir arbeiteten ohne Geklapper, ohne großes Geschrei, wie das die Bolschewisten tun, deren Geschrei in Widerspruch zu den Resultaten ihrer internationalen Betätigung steht. (Sehr richtig!)

Ich blicke nach Frankreich hinüber und will bei Beginn des Parteitagcs, in dessen Mittelpunkt das große internationale Problem der Reparationsfrage steht, gern anerkennen, daß es im Parlament in Frankreich nicht einen Genossen gegeben hat, der dem Friedensvertrag von Versailles seine Zustimmung gab (lebhafter Beifall), daß im Gegenteil einmütig von unseren Genossen dort der Friedensvertrag als eine Vergewaltigung eines mehrlosen Landes und Volkes betämpft wurde. Ich denke an die Rede unseres Genossen Blum auf dem Gründungstongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Hamburg 1923, in der er ausführte, es habe ihn besonders verletzt, daß man in dem Vertrag, der Deutschland aufzuzwingen wurde, erklärt habe, daß Deutschland allein schuld am Kriege sei. Blum sagte als Franzose: „Dieses erzwungene Eingeknien hat keine Bedeutung, es hätte nur Bedeutung, wenn ein solches Bekenntnis freiwillig abgegeben worden wäre.“ (Sehr richtig!) Das wollen wir festhalten als die Äußerung eines französischen Sozialisten, von denen dieser Tage im Reichstag ein Völkischer erklärte, sie wären bessere Patrioten als die deutschen Sozialisten.

Wir wollen ferner feststellen, daß unsere Genossen in Frankreich gegen die Art, Ultimate zu stellen, den heftigsten Widerstand geleistet haben, wie auch gegen die Besetzung des Ruhrgebiets. Wir müssen dabei noch berücksichtigen, daß Frankreich eine ungeheure Schuldenlast von 100 Goldmilliarden mit sich schleppt, die Jahr für Jahr verzinzt werden soll. Wir wollen nicht verkennen, daß Frankreich außerdem große Summen für den Wiederaufbau aufbringen mußte und daß in Frankreich auch eine große Besorgnis auf dem Gebiete der Frage der Sicherheiten besteht, besonders deshalb, weil in Deutschland die Völkischen und die Bolschewisten fortwährend neue Kriegsgehzen vor allen Dingen gegen Frankreich zu entfachen sich bemühen. Wir haben das andere Frankreich kennen gelernt, das Frankreich der Sozialisten und der arbeitenden Massen, die bereit waren, sich mit den deutschen Arbeitern über einen gemeinsamen Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verständigen, um damit allen Völkern ein Beispiel zu geben, man sei bereit, die Versöhnung an die Stelle des Krieges treten zu lassen. (Bravo!) Ich erinnere an das Abkommen des Verbandes der sozialen Baubetriebe in Deutschland mit dem Aktionsausschuß der zerstörten Gebiete in Frankreich, das nicht durchgeführt werden konnte, weil die Besetzung des Ruhrgebiets dazwischen kam. Wir wollen nicht vergessen, daß unsere Genossen aus Frankreich immer wieder erklärt haben: in dem Bestand der deutschen Republik sehen wir Sozialisten und sehen auch die Demokraten und die Republikaner Frankreichs die einzige Garantie für den Frieden in Europa wie in der ganzen Welt. (Beifall.) Unsere Genossen in Frankreich erklärten: die Besetzung des Ruhrgebiets ist ein Schlag ins Gesicht der deutschen Republik und der deutschen

Sozialisten, den einzig zuverlässigen Trägern der Republik und ihrer Fortentwicklung zum Sozialismus in Deutschland.

Wir wollen ferner feststellen, daß unsere Genossen aus Frankreich erklärt haben: wir Franzosen haben den Reparationsplan der Frankfurter Konferenz gutgeheißen und wir geben euch unser Wort, daß wir in Frankreich alles daran setzen werden, um die Politik Poincarés zum Scheitern zu bringen und auch in Frankreich eine republikanische und sozialistische Politik durchzuführen. Das sprach der Genosse Blum im Mai 1923, als der bloc national in Frankreich in seiner Vollkraft vor uns stand und wo nur schwer der Glaube in uns hochkommen konnte, daß diese Herrlichkeit des nationalen Blads in Frankreich in absehbarer Zeit ihr Ende finden könnte. Und schon im Mai 1924 lag der bloc national zerschmettert da, und in Frankreich ist gegenwärtig die Situation so, daß gegen die Sozialisten, ja daß nicht einmal ohne die Sozialisten regiert und Politik getrieben werden kann. (Lebhafter Beifall.) Das müssen wir uns so höher anerkennen, weil gerade in Frankreich die sozialistische und die gewerkschaftliche Bewegung mit die schwersten Schläge durch die bolschewistische Zerstörungsarbeit empfangen hatte. (Sehr richtig!) Und doch sehen wir, was der Glaube an den Sozialismus vermag, daß Ausharren und Nichtverzweifeln, daß Kämpfen zum Erfolg führen muß, wenn wir uns nicht beirren lassen. (Beifall.)

Ein Wort der Anerkennung gebührt auch den belgischen Genossen, die sich in allen Fragen der Reparation vollkommen auf den Boden der französischen Sozialisten gestellt haben. Die Genossen Vandervelde, De Brouckere und Huysmans und andere haben im Parlament und außerhalb des Parlaments einen unermüdblichen Kampf gegen den Gewaltfrieden und gegen die Gewaltmaßnahmen geführt.

Selbst unsere Genossen aus Italien, wo der Sozialismus zunächst vom Faschismus erdrückt wurde, haben ihre Vertreter auf unsere Konferenzen geschickt. Die italienischen Genossen Matteotti, Modigliano und andere haben sich eifrig an der Lösung der Reparationsfragen beteiligt, nicht im Sinne einer nationalen Lösung ihres eigenen Landes, sondern einer internationalen proletarischen Lösung.

Wenn wir nach England blicken, können wir mit Genugtuung feststellen, daß auch Genosse Macdonald einer der eifrigsten Mitarbeiter auf unseren internationalen Konferenzen gewesen ist, daß er auch in England mit den übrigen Genossen immer wieder versuchte, die Massen gegen die Politik Poincarés mobil zu machen. Die englische Bourgeoisie stand vor den Resultaten ihrer eigenen Politik ratlos da, die kapitalistische Politik hatte in England zu einer Absatzstocung und gewaltigen Arbeitslosigkeit geführt. Die englische Industrie ist gezwungen, über 30 Prozent ihrer Ertragnisse im Ausland abzugeben. Die englische Bourgeoisie mußte keinen anderen Ausweg, als die Rückkehr zu ihren alten Parolen: Schutz Zoll oder Freihandel? Die englische Bourgeoisie glaubte, Schutzzölle als Kampfzölle gegen die Zollpolitik der Vereinigten Staaten, Spaniens, Italiens, der Balkanstaaten, der Randstaaten und gegen die Konkurrenz der valutaahwachsenden Länder einführen zu können. Es ist bemerkenswert, daß unsere Genossen in England auf diese bürgerlichen Kampfpärolen bei der Eröffnung des Wahlkampfes antworteten, der mit der Bildung der Arbeiterregierung geendet hat. Die Genossen Clynes und Henderson erklärten schon beim Beginn des Wahlkampfes: die Arbeiterpartei lehnt es ab, in der Frage der bürgerlichen Politik Partei zu ergreifen, sie lehnt es ab, für Freihandel oder Schutz Zoll den Kampf zu führen, sie setzt der bürgerlichen Wirtschaftspolitik die sozialistische entgegen und wird auf ihre Fahne schreiben: Sozialisierung, Bergesellschaftung, plannmäßige Wirtschaft. Englische Genossen haben im Wahl-

kampf erklärt: wenn sich im bürgerlichen Lager die mächtigen Herren zusammenfinden, um ihre imperialistischen Pläne durchzuführen, um einen Raubzug im großen zu veranstalten, dann nennt man das die Bildung eines Kriegsrats; und wenn sich die siegreichen Kapitalisten vereinigen, um andere Völker auszulindern, dann nennt man das Reparationskommission. Wir sehen daraus, daß wir in der Beurteilung der Fragen der Reparation und des Friedensvertrags überall bei Sozialisten Verständnis und Unterstützung gefunden haben.

Nun haben wir in England eine Arbeiterregierung, eine Minderheitsregierung, und es fällt keinem ein, zu behaupten, diese Regierung wäre imstande, eine rein sozialistische Politik zu betreiben. Aber ich frage: gibt es einen Sozialisten in Deutschland oder in einem anderen Lande, der deshalb unsere Genossen in England des Verrats an den sozialistischen Ideen zu bezichtigen wagt? (Sehr gut!) Oder würde ein Mensch zu behaupten wagen, daß unsere englischen Sozialisten die sozialistischen Ziele aufgegeben hätten? Das tun sie nicht. Sie wissen und finden Verständnis bei den arbeitenden Massen, daß sie nun eine Position gezogen haben, von der aus sie eine rein sozialistische Politik vorbereiten wollen und von der aus sie den Kampf um die anderen Ziele der sozialistischen Bewegung organisieren wollen. Was diese Regierung bedeutungsvoll macht und ihr weltgeschichtliche Bedeutung gibt, das ist die Tatsache, daß vor aller Welt bekannt wird, daß auch Arbeiter imstande sind, eine Regierung zu führen. (Sehr richtig!)

Das ist ein großer moralischer Gewinn, den wir nicht hoch genug anschlagen können. Wenden Sie auf die Arbeiter in der englischen Arbeiterregierung, lesen Sie Engels Buch über die Lage der arbeitenden Klassen in England aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, lesen Sie auch die Schilderung von Marx über die Lage der arbeitenden Klassen in der Morgenröte des Kapitalismus! Vergleichen Sie jene Arbeiter mit denen, die nach einem Jahrhundert heute in der englischen Arbeiterregierung sitzen! Dann wage es noch einer zu betreiten, daß die sozialistische Arbeiterbewegung keine Erfolge bringen könne, keinen Aufstiege darstelle und nicht verwirklichen könne, was sie als historische Mission übernommen habe.

Der ganze Parteitag wird darin einig sein, daß wir von dieser Stelle aus unsere Genossen in Frankreich, Belgien, in Italien und England, in Oesterreich und in Dänemark und auch unsere Genossen in Rußland grüßen, (Bravo!) die unter besonders schweren Umständen dem Sozialismus die Treue halten. Wir beglückwünschen die Genossen in allen Ländern, die der internationalen Organisation angehören, zu ihrem Vordringen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Wir geloben von dieser Stelle aus, in Deutschland unsere ganze Kraft daran zu setzen, damit wir mit unseren Bruderparteien der übrigen Länder in gleichem Schritt marschieren, um dann mit ihnen die letzten Burgen des Kapitalismus niederzubrechen und den Sozialismus zum Sieg führen. (Bravo!)

Aus diesen Betrachtungen über den Stand der internationalen Arbeiterbewegung und den Feststellungen der Betätigung unserer Genossen in den verschiedenen Ländern ergeben sich die Schlußfolgerungen für uns in Deutschland von selbst. Wir haben drei wichtige Etappen in Deutschland bis zum Friedensvertrag von Versailles, bis zum Ultimatum von London und bis zum Gutachten, um dessen Durchführung jetzt in Deutschland der Kampf entbrannt ist. Durch die Annahme des Gutachtens in Deutschland haben wir endlich als sozialistische Bewegung Boden unter den Füßen bekommen, haben wir die Hände frei bekommen für unseren Kampf gegen eine Lastenverteilung, zuungunsten der arbeitenden Massen. Daß wir entschlossen sind, auf diesem Gebiete unsere ganze Kraft einzusetzen, beweist schon die kurze Betätigung der neuen Fraktion im frisch gewählten Reichstag. Wir machen kein Hehl daraus — wir sprechen das offen aus, und ich

sage es durchaus nicht nur als deutscher Sozialdemokrat, sondern aus meiner Kenntnis der internationalen Auffassungen unserer Genossen —, daß das Gutachten keine sozialistische Lösung der Reparationsfrage darstellt. (Sehr richtig!) Hätten wir schon die Macht, die Reparationsfrage sozialistisch zu lösen, wir würden mit unseren Genossen aus dem Ausland in einer Stunde darüber einig sein und durch eine einmütige Tat beweisen, wie ernst es uns mit der Durchführung des Sozialismus ist. (Bravo!)

Das Gutachten stellt eine kapitalistische Lösung der Reparationsfrage dar. Wir können gegenwärtig diese Lösung durch eine rein sozialistische nicht ersetzen, wir haben noch nicht die Macht dazu, die wir einst sicher bekommen werden. Vorläufig können wir nur Widerungen erkämpfen, uns Atem und Lebenskraft verschaffen, um endlich zu größeren sozialistischen Aktionen zu kommen. Wenn es nun keine sozialistische Lösung ist, dann wollen wir uns doch die Genugtuung nicht verjagen, festzustellen, daß sich in dem Gutachten im Prinzip eine Kapitulation der Bürgerlichen vor dem Marxismus ausdrückt, weil endlich auch die Bürgerlichen begriffen haben, daß mit der Befehzung von Gebieten, mit Gewalt und Bergewaltigung wirtschaftliche Fragen nicht gelöst werden können, daß sie nur auf wirtschaftlicher Grundlage zu lösen sind. (Sehr richtig!) Die bürgerlichen Herrschaften, die gegen den Marxismus kämpfen, spüren gar nicht, wie sehr sie schon selbst dem Marxismus zu verfallen beginnen. Das ist ein erster wichtiger Sündenfall. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, daß ihm weitere folgen.

Darum ist die Zustimmung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zum Gutachten nicht etwa ein Vertrauensvotum für irgendeine kapitalistische Regierung, sondern der Ausdruck des Vertrauens zu unseren Genossen in England, Frankreich, Belgien und Italien, zu unserer eigenen Internationale, zu unserer eigenen sozialistischen Bewegung. (Beifall und Händeklatschen.)

Wir ziehen daher aus diesen Betrachtungen die Lehre, daß einmal die Kapitalisten vor dem Marxismus kapitulieren müssen. Sie müssen Methoden aufgeben, durch die die wirtschaftlichen Weltprobleme nicht gelöst werden können. Fünf Jahre bitteren Glendes mußten erst vergehen, bevor sich diese Erkenntnis endlich Bahn gebrochen hat. Die andere Lehre ist, daß die Bolschewisten keine Zukunftsaussichten haben, die nur politische Brunnenvergiftung und Brandstiftung betreiben, die unfähig sind, irgendeine Aktion gegen den Kapitalismus durchzuführen. Nennen Sie uns nur eine einzige internationale Aktion der bolschewistischen Internationale gegen den Kapitalismus! Sie werden keine nennen können. (Sehr richtig!) Spaltungen, Vergiftungen und Stänkereien in der Arbeiterbewegung bringen sie fertig und nichts anderes. Der Bolschewismus endet im Faschismus. (Sehr gut!) Das sehen wir in Ungarn, in Bayern, in Italien und auch in Rußland, wo im Grunde nichts anderes als der Faschismus wütet. Wir kennen die Seelenverwandtschaft zwischen einem Kmentow, einem Sinowjew und seiner politischen Kreatur, der Frau Gohle, die sich in die Hände arbeiten. Wenn wir sehen, daß unsere Genossen in den anderen Ländern marschieren, dann wollen auch wir unsere ganze Kraft daran setzen, daß wir in Deutschland wieder marschieren mit entrollten Fahnen, damit wir von neuem endlich unserem Hauptfeind, dem Kapitalismus entgegentreten können.

So treten wir zum ersten Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zusammen, den wir seit der Einigung haben. Wir Sozialdemokraten, die wir uns mit Stolz Sozialdemokraten nennen und uns der geschichtlichen Aufgaben bewußt sind, die wir zu erfüllen haben, wollen keinen Augenblick während unserer Tagung vergessen, daß unsere kapitalistischen und auch unsere bolschewistischen Gegner mit böswilliger Arglist jedes Wort, das hier gesprochen wird, jeden Beschluß in der Hoffnung belauern, eine neue Handhabe zum Kampf gegen

die sozialistische Bewegung zu bekommen. Wir wollen aber keinen Augenblick vergessen, daß unsere Genossen in Deutschland und in den übrigen Ländern mit Spannung unsere Entschlüsse erwarten. Sorgen wir dafür, daß keine Erwartung unserer Genossen im Lande und in der Internationale enttäuscht wird. Vergessen wir nicht, daß jeder einzelne von uns für den Erfolg der Tagung verantwortlich ist. Beweisen wir, daß sich jeder einzelne der Verantwortung bewußt ist und sich ihr als würdig erweist. Dem Parteitag, der jetzt zusammentritt, gebe ich die Schlusssätze aus unserem Manifest von Nürnberg als Geleitwort auf den Weg:

„In der Einigkeit liegt die Kraft!
Haltet dem Ganzen die Treue,
Wie ihr sie den einzelnen Teilen gehalten habt!
Seid brüderlich im Rat,
Einig in der Tat!
Duldet keine Zersplitterung!

Werbt und wirkt mit verdoppelter Kraft für unsere gemeinsame große Sache!
(Anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Im Auftrag des Parteivorstandes eröffne ich hiermit den Parteitag der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Wir schreiten zur Konstituierung des Parteitags und zwar zunächst zur Wahl des Vorsitzenden. Ich bitte um Vorschläge.

W. Widmann-Offenbach: Ich schlage als Vorsitzenden die beiden Mitglieder des Parteivorstandes Wels und Dittmann-Berlin vor.

Zu Vorsitzenden werden gewählt Otto Wels und Wilhelm Dittmann-Berlin.

Vorsitzender Wels: Parteigenossinnen und -genossen! Ich danke Ihnen zugleich im Namen des Kollegen Dittmann für die Ehre und das Vertrauen, das Sie uns durch diese Wahl ausgesprochen haben. Wir verpflichten uns, die Geschäfte des Parteitags in strengster Objektivität zu führen, und bitten die Delegierten von vornherein um Unterstützung durch genaueste Beachtung der Geschäftsordnung.

Ehe ich zur Konstituierung des weiteren Bureaus schreite, unterziehe ich mich mit Ihrer Zustimmung der Pflicht, die ichmerzlich und hart auf uns liegt, wir müssen derer gedenken, die seit Jahrzehnten an den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie teilgenommen haben und heute nicht mehr unter uns weilen. (Die Versammlung erhebt sich.)

Die Zahl derer, die uns der Tod entzissen hat, ist groß. Ich zähle nicht alle auf, die es verdienten, hier genannt zu werden, nur einige will ich nennen, denn die große Zahl derer, die unermüdllich für die Partei tätig waren, aufzuzählen, ist unmöglich. Unter uns weilt nicht mehr, den wir als Nestor unserer Partei kannten, der als Präside der Nationalversammlung und auf dem Einigungstongreß in Nürnberg fungierte und das als den schönsten Augenblick und die höchste Ehre seines Lebens bezeichnete, Wilhelm Pfannkuch, sein kluger Mund ist verstummt, die munteren Augen sind geschlossen.

Eine große Zahl anderer Veteranen der Bewegung, die in den einzelnen Bezirken und in der Partei bekannt waren, weilt nicht mehr unter uns: Wilhelm Klees im Alter von weit über 80 Jahren, Robert Conrad, der lange um die Wiederaufnahme der Partei gekämpft, ihr immer die Treue gehalten hat und erst vor wenigen Jahren wieder Mitglied der Partei wurde: Genosse Weigand und Julie von Bollmar, Eduard Wehder in Sonneberg, Bogiherr, Groger, Martow, einer derjenigen, der hier in Berlin von den heutigen Gewalthabern in Rußland verjagt sein Leben beschloß, Martow, der geachtet und verfolgt von den zaristischen Schergen Freiheit in seinem Vaterland nur während kurzer Monate empfand, der die große Anklage unter den Toten gegen die heutigen Gewalthaber in Rußland bildet, ein Zeuge für die Unkultur, die Verfolgungs-

sucht im heutigen Rußland. Wir betauern die Schar der Parteigenossen, die bei der Besetzung der Kruppwerke von französischen Kugeln dahingerafft worden sind, Leimpeters, Potorny, Führer der Bergarbeiterbewegung, Manasse, der ein wahrhaft edler Charakter hier in Berlin die Augen schloß, unseren Genossen Joseph Meier, der durch bayerische Landespolizei in Nürnberg erschossen wurde, Giesländer, Janjion, Massini, Dreher, aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung jedem bekannt; Balthasar, Cramer in Darmstadt, in seiner engeren Heimat jedem bekannt, vom Parteivorstand Franz Krüger, auf den wir die größten Hoffnungen setzten, unseren geschäftstüchtigen Otto Heinrich. Weiter beklagen wir den Tod des Mannes, der in Berlin vor Jahren den Genossen Singer mit Rat und Tat zur Seite stand, den Genossen Bading, ferner Adolf Ritter, Köpsten und einer der Führer unserer schlesischen Partei Gustav Scholich sind es, die ich nur nennen will, um zu zeigen, wie groß die Ernte des Todes in unseren Reihen gewesen ist. Das weist uns aber darauf hin, daß neue Kräfte wachsen müssen, daß die alten Kämpen ersetzt werden müssen. Wir wissen, daß wir im Geist der Verstorbene handeln, wenn wir den Worten des Kampfliedes folgen:

Das ist das Große, das Herrliche auf der West,
Daß das Banner steht, wenn der Mann auch fällt!

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Als Schriftführer werden darauf auf Vorschlag des Genossen La u - Hannover gewählt: Frau Margarete Wengels-Berlin, Frau Sophie Christmann-Barmen, Mag Blumtritt-Hof a. S., Richard Engelmann-Annaberg, Oskar Trinks-Karlsruhe, Karl Markwardt-Wüneburg, Erich Wachtel-Weilburg, Alfred Dreyer-Lübeck, Grete Jabe-Hamburg.

In die Mandatsprüfungs- und Beschwerdekommision werden auf Vorschlag des Genossen Krüger-Brandenburg gewählt: Bertha Thiel-Deipzig, Paul Kießena, Eckstein-Breslau, Heinrich Wassermann-Schöningen, Robert Hörtinger-Köln, August Horn-Stettin, Mag Warden-Rönigsberg, Karl Müller-Reddinghausen und Richard Hansen-Kiel.

Vorsitzender Wels: Dann hätten wir uns eine Geschäftsordnung für unsere Verhandlungen zu geben. Ich schlage vor, die Geschäftsordnung, die in Ihren Drucksachen enthalten ist, wiederum für die Geschäftsordnung dieses Parteitags als Grundlage zu nehmen. — Andere Vorschläge höre ich nicht. — Dann steht diese Geschäftsordnung fest.

Zu der vorliegenden Tagesordnung sind Anträge eingegangen, zunächst der Antrag I, Hamburg:

Auf die Tagesordnung des Parteitages ist zu setzen: die Stellung der Sozialdemokratie zu den Angriffen auf die sozial- und wirtschaftspolitischen Rechte der Arbeitnehmerschaft.

Ich bitte, von einer Erweiterung der Tagesordnung Abstand zu nehmen, weil in den Referaten die Verhandlung der durch den Antrag gewünschten Fragen bereits garantiert ist und die Tagesordnung eine Belastung durch neue Gegenstände nicht verträgt.

Der Antrag wird abgelehnt

Vorsitzender Wels: Antrag II, Zwickau-Plauen, sagt:

Auf die Tagesordnung zu setzen: Bericht der Programmkommission.

Dieser Tagesordnungspunkt ist unnötig, weil ein Mitglied der Programmkommission über die bisherigen Arbeiten Bericht erstatten wird. Es war nicht möglich, die Arbeiten so zu fördern, daß dem Parteitag ein Programm vorgelegt werden konnte. Selbstverständlich ist die Auffassung aller für die Führung der Partei Verantwortlichen, das, was auf diesem Parteitag nicht möglich war, auf dem nächsten zu erledigen

Der Antrag wird abgelehnt.

Vorsitzender Wels: Ein Antrag III, Dresden, fordert:

Zu Punkt 3 der Tagesordnung des Reichsparteitags, Bericht der Reichstagsfraktion, ist einem Vertreter der Fraktionsminderheit als Korreferent das Wort gegeben.

Es liegt ein genügend unterstützter Antrag beim Bureau vor, wir werden morgen Vormittag bei Beginn der Sitzung über den Antrag abstimmen, da der Saal nicht nur von den Delegierten, sondern auch von Zuhörern und Gästen besetzt ist.

Markwald-Frankfurt (zur Geschäftsordnung): Von den Frankfurter Parteigenossen ist rechtzeitig der Antrag eingebacht worden, die Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen. Wenn davon nichts bekannt ist, muß der Antrag beim Parteivorstand verloren gegangen sein.

Vorsitzender Wels: Ich kann den Genossen Markwald beruhigen, beim Parteivorstand gehen keine Anträge verloren.

Einige Anträge sind nicht veröffentlicht worden. Der von Frankfurt gestellte Antrag enthält auch etwas anderes, als was Genosse Markwald eben gesagt hat. Es sind Anträge gestellt worden, die den Ausschluß des Genossen Ebert vom Parteitag fordern. (Rufe: Psui!) Diese Anträge sind nicht veröffentlicht worden, weil der Parteitag nicht die Instanz ist, die das Ausschlußverfahren auszuüben hat. Das Ausschlußverfahren ist durch das Organisationsstatut geregelt. Im übrigen bitte ich darum, von der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Anträge abzusehen. Ich habe nichts dagegen, wenn morgen darüber gesprochen wird. Heute wollen wir die Eröffnungssitzung damit nicht aufhalten.

Weitere Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor, die Tagesordnung steht somit in der vorgelegten Form fest.

Parteigenossen! Wir haben heute wieder die Freude, eine Anzahl Vertreter unserer Bruderparteien hier zu begrüßen. Die Deutsche Sozialdemokratie konnte zu ihrem Leidwesen während der Inflationszeit den zahlreichen Einladungen unserer ausländischen Freunde nicht Folge leisten. Durch den Währungsverfall ist alles entschuldigt, was wir in Erfüllung internationaler Verpflichtungen versäumt haben. Unsere Genossen im Ausland aber wissen, daß unsere Herzen ihnen mit der alten Liebe zuschlagen.

In unserer Mitte ist erschienen Genosse de Brouckère als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die soeben ihre Tagung in Wien beendet hat. Er ist zugleich als Vertreter unserer belgischen Bruderpartei erschienen und wird Ihnen die Grüße der Arbeiterinternationale und der belgischen Partei übermitteln. Wir begrüßen auch unsere Genossin Miß Bell als Vertreterin der englischen Arbeiterpartei und unseren alten Freund, den Genossen Andersen aus Dänemark. Ferner sind erschienen Genosse Woogd aus Holland und Genosse Pohl als Vertreter der Deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, ferner Genosse Dan als Vertreter der russischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der in Deutschland im Exil ist, den Genossen Lewin von den russischen Sozialrevolutionären und die Genossen Franziso L. Caballero, Andrés Sabotil Coloner und A. Fabra Ribas aus Spanien.

De Brouckère, mit lebhaftem Beifall begrüßt, hält seine Ansprache in französischer Sprache.

Zur Uebersetzung erhält das Wort die Genossin Sender.

Sender-Frankfurt a. M.: Genosse de Brouckère führte folgendes aus: Ich muß mich zuerst bei Ihnen entschuldigen, daß ich nicht imstande bin, in Ihrer Sprache das Wort an Sie zu richten, sondern mich der französischen Sprache bedienen muß. Ich komme zu Ihnen mit einem doppelten Mandat. Meine Freunde von der belgischen Arbeiterpartei haben mich beauftragt, Eurem Kon-

gress guten Erfolg zu wünschen, und ich habe zugleich ein Mandat von der Organisation der Internationalen Arbeiter, die die Einheit des Proletariats realisieren will. Die internationale Solidarität ist in keinem Augenblick so notwendig gewesen wie gegenwärtig, um der überall anwachsenden Reaktion, die immer gefährlichere Formen annimmt, Widerstand zu leisten. Aber auch in keinem anderen Moment war das Gefühl der Solidarität der Arbeiter mit größeren und berechtigteren Hoffnungen erfüllt als gegenwärtig. Wir befinden uns in einer ernsten, entscheidenden Stunde, da sich entscheiden wird, ob die Zukunft aus das Gute oder das Böse bringen wird. Ich brauche euch nicht, wie Genosse Cripien bereits getan hat, die Krise zu beschreiben, in die der Weltkrieg alle Länder geschleudert hat. Das Regime, das er herbeigeführt hat und das uns jetzt die Verlängerung der Krise bringt, hat in uns fast den Glauben aufkommen lassen, daß diese Krise kein Ende nehmen will, denn die ökonomische Krise ist keine gewöhnliche und einfache, sondern es scheint fast, als sollte sie eine chronische werden. Das Regime des Geldes, das nicht mehr seine historische Rolle spielen kann, und die zerstörenden Auswirkungen des Krieges, die zur Arbeitslosigkeit in allen Ländern geführt haben, drohen die Zivilisation gänzlich zu zerstören. Aber trotzdem stellt sich uns eine Hoffnung dar, denn es bleibt in der Welt die Kraft des Proletariats. Wir können hoffen, daß die Menschheit diese Krise übersteht wird, wenn die Männer des Fortschritts sich auch als Männer von Mut erweisen.

Es ist unnötig, zu konstatieren, daß überall, wo diese Hoffnung erscheint, sich die Menschen um die Arbeiterklasse gruppieren werden. Wenn in Frankreich der Sieg der Linken erreicht worden ist, so freuen sich darüber nicht nur die Sozialisten, und ebenso wird der Sieg der deutschen Sozialisten nicht nur von den Sozialisten Frankreichs begrüßt, sondern selbst ein so konservatives Organ wie der „Temps“ hat zum Ausdruck gebracht, daß der Sozialismus in Deutschland die einzige Hoffnung sei, um eine Befriedung Europas herbeizuführen. Meine Freunde und die ganze Internationale haben auch der Sieg Macdonalds in England begrüßt, und überall hat man unsere Freude geteilt, denn der Sozialismus erscheint als die einzige Hoffnung der Welt.

Ich will mich auf wenige Ausführungen beschränken. Der Sozialismus ist heute keine rein theoretische Hoffnung mehr, sondern er birgt schon heute das Versprechen der Verwirklichung in sich. Er wird es sein, der morgen die Menschheit führen wird. Wir befinden uns heute in allen Ländern in einer Zwischenstufe, in der wir nicht imstande sind, die ganze Macht im Staate in der Hand zu haben, sondern nur über einen Teil der Macht verfügen. Wir sind genötigt, uns in diesem Sinne zu betätigen, damit wir einen Fortschritt für die Menschheit erzielen können. In dieser außerordentlich schwierigen Lage für eine Partei haben wir in allen Ländern darauf hingewirkt, daß die Lösung der Reparationsfrage in einem Sinne unternommen wird, der der Arbeiterklasse aller Länder dient. Die Lösung, die in dem Sachverständigengutachten zum Ausdruck kommt, ist nicht unsere Lösung, und doch sind in ihm einige Prinzipien, die wir in Frankfurt festgelegt haben, übernommen. Wenn dies auch der Fall ist, dürfen wir doch nicht übersehen, daß das Gutachten von Leuten ausgefertigt wurde, die Interessenvertreter des Finanzkapitals sind, und daß diese die Basis der Reparationslösung zu bestimmen versuchen. Es handelt sich nunmehr darum, gemeinsam in allen Ländern zu handeln, damit das Gutachten nicht im Geist der Autokratie, sondern im Geist der Demokratie ausgeführt wird. In der nächsten Zeit werden wir wichtige Entscheidungen in dieser Richtung zu treffen haben. Wenn die Lösung der Verwaltungsfragen nicht die internationale Finanz einen Vorteil erzielen Gelingt uns das aber nicht, dann wird die Ausführung des Gutachtens zu dem Sieg der Finanz über die Völker führen.

Neben dieser Frage der Verwaltung hat eine besondere Bedeutung die Frage des Achtstundentages. Wir sehen auf der ganzen Front in allen Ländern den Angriff gegen den Achtstundentag und erkennen die geschlossene Solidarität, mit der die Kapitalisten aller Länder vorgehen. Ich komme zu euch deutschen Sozialisten, um euch zu sagen, daß im Interesse der Reparationsfrage der Achtstundentag in Deutschland nicht abgeschafft werden darf. Wenn eure Kapitalisten vor euch hintreten, dann sagen sie, im Interesse des Vaterlandes müsse der Achtstundentag abgeschafft werden, um die Reparationen erfüllen zu können. Aber oft sind das dieselben Leute, die sich nach Frankreich und Belgien wenden und erklären: Seht, seht, in Deutschland ist der Achtstundentag bereits abgeschafft; wenn wir in Frankreich und Belgien eine erfolgreiche Konturrenz aufnehmen wollen, können wir den Achtstundentag auch nicht behalten, darum müßt ihr ihn auch aufgeben. So arbeiten alle unter dem Vorwand des Patriotismus. Aber wir müssen uns bewußt bleiben, daß das Problem des Achtstundentages ein internationales ist, das wir gemeinsam zu verteidigen haben. (Sehr richtig!)

Genosse Crippien hat daran erinnert, welche Verpflichtungen die internationalen Sozialisten aller Länder zur Lösung der Reparationsfrage übernommen haben. Er hat Ihnen gezeigt, daß wir unser Versprechen gehalten haben. Ich kehre eben von Wien zurück und kann Ihnen heute ein neues Versprechen abgeben, nämlich, daß wir nicht eher ruhen werden, als bis die Reparationsfrage in einem Sinne gelöst ist, der nicht zur Abschaffung des Achtstundentages bei euch und in anderen Ländern führen kann. (Lebhafter Beifall.) Diese Frage ist eine internationale, und in allen Ländern muß der Kampf dafür aufgenommen werden.

Die Augen der Internationale sind jetzt besonders auf Deutschland und Frankreich gerichtet. Ich wünsche euch bei eurer Aktion den besten Erfolg. Ich wünsche, daß eure junge Republik gesichert werde, daß ihr voranschreitet zu Kultur und Freiheit, daß eure Wirtschaft und Industrie wieder zu neuer Blüte gelange, daß die Demokratie in eurem Lande siege und daß ihr ein Deutschland herstellen könnt, das mit seinen Nachbarn in Frieden lebt, gleichberechtigt im Kreise der Nationen und keinen Feind mehr in der Welt haben wird. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Miß Bell (England), mit lebhaftem Beifall begrüßt, macht ihre Ausführungen in englischer Sprache.

Zur Uebersetzung erhält das Wort

Frau **Schreiber-Krieger**: Genossin Bell bringt mit Stolz die Grüße der englischen Labour Party. Sie entschuldigt sich, daß sie nicht in deutscher Sprache sprechen kann. Aus England berichtet sie, daß dort der Erfolg früher kam, als man zu hoffen wagte. Noch hat die englische Labour Party keine Mehrheit im Parlament. Sie muß einen ersten Versuch machen, um durch Verwaltungsmaßnahmen wenigstens bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Freilich ist diese Arbeit nicht besonders eindrucksvoll und sie wird unsere Phantasie nicht erregen. Dennoch aber dient sie der Wohlfahrt des ganzen Volks. Wenn der Tag des vollen Erfolgs dieser Verwaltungsreformen gekommen ist, werden neue gesetzliche Maßnahmen sich anschließen. In erster Linie das Gesetz für die volle bürgerliche Gleichberechtigung der Frauen, die in England noch zu erreichen ist. Wenigstens eine der bürgerlichen Parteien ist bereit, diese Gleichberechtigung der Frauen zu unterstützen, so daß sie binnen kurzem unbedingt errungen wird.

Die nächste Arbeit gilt der Verwirklichung sozialistischer Maßnahmen. Wenn dieser Augenblick des Kampfes gekommen ist, wird die klare Scheidung zwischen den Sozialisten und den anderen Parteien stattfinden. Dann wird es in England nur noch zwei Parteien geben, die der Kapitalisten und der Sozialisten, und dann erst wird der wahre Kampf der Labour Party ent-

brennen. Dann werden die Männer und Frauen, die von der Labour Party ins Parlament gesandt wurden, falls sie überstimmt werden, das tun, was jedem ehrlichen Arbeiter nach Beendigung seiner Tagesarbeit zu tun übrig bleibt: sie werden ihre Hute und ihre Sachen nehmen und im Lande Rechenenschaft legen, sie werden sagen: dies war unsere Arbeit, dies war unser Wollen, dies unser Erfolg; wenn ihr zufrieden seid, dann schiedt uns aufs neue an unsere Arbeitsstelle. Und das Land wird zufrieden sein. Das nächste Mal wird die Labour Party nicht als Minderheit, sondern als volle Mehrheit ins Parlament einziehen. (Lebhafter Beifall.)

Genossin Bell macht darauf aufmerksam, daß die englische Revolution keine dramatische Revolution ist, denn das Land hat Jahrhunderte demokratischer Schulung, demokratischer Ideale hinter sich. Heute aber geht die Entwicklung schneller — Fortschritte brauchen nicht mehr Jahrhunderte, denn die Menschen sind weiser geworden. Genossin Bell prophezeit, daß schon in zehn Jahren die Arbeiterschaft die Macht in England errungen haben wird.

In diesem Sinne bringt Genossin Bell die Grüße der Labour Party, insbesondere auch von einem Kongreß von tausend sozialistischen Frauen, der eine lebendige Manifestation des Willens der englischen Arbeiterschaft war. Sie glaubt an die gemeinsame Befreiung, an eine neue Zivilisation und an den Sieg des Sozialismus für die ganze Menschheit. (Lebhafter Beifall.)

Alfing Andersen (Dänemark) (von lebhaftem Beifall begrüßt):

Genossinnen und Genossen! Sie sind sonst daran gewöhnt, unseren Genossen Staunung auf den Parteitag zu hören. Er ist diesmal durch die Bildung der ersten sozialdemokratischen Regierung Dänemarks daran verhindert. (Lebhafter Beifall.) Wir sind in derselben Lage wie unsere englischen Genossen: wir haben keine eigentliche Mehrheit, aber unser Parteivorstand, Parteiausschuß und Reichstagsfraktion haben einstimmig beschlossen, die Regierung zu übernehmen. Wir haben es nicht getan, um schon bald danach unsere Regierung stürzen zu lassen, einige sozialdemokratische Anträge zu stellen, sie ablehnen zu lassen und wieder neue Wahlen anzusetzen. Keine Partei, auch keine Arbeiterpartei, lebt von Neuwahlen allein. (Sehr wahr!) Wir wollen versuchen, was man mit der Verwaltung machen kann. Die Gegner haben während des Wahlkampfes immer gesagt: laßt die Sozialisten nicht ans Ruder, denn ihr wißt gar nicht, was sie mit der Verwaltung machen können. Nun wollen wir eben versuchen, was man mit der Verwaltung machen und was man eventuell Schlechtes damit verhindern kann. (Sehr gut!) Wir wollen eine effektive Kontrolle über die Aktiengesellschaften, Versicherungsgesellschaften, Banken und Monopole beantragen und in dieser Weise eine Sozialisierung einleiten, um die Bevölkerung gegen Spekulation und Ausbeutung zu schützen. Wir wollen eine Steuerrepression und eine Vermögensabgabe zur Begahlung der Staatsschulden versuchen. Wenn der Reichstag im Oktober zusammentritt, wollen wir die Ratifikation des Achtstundentages beantragen. (Bravo!) Wir wollen auch im dänischen Reichstage einen Abrüstungsantrag einbringen. (Bravo!) Unsere Gegner haben wie in England gesagt, daß die dänische sozialdemokratische Regierung fair trial haben sollte, wir sollten einmal zeigen, was wir wollten und was wir konnten. Was wir wollen, das werden wir ihnen zeigen. Was wir können und was wir nicht können, das werden die Gegner den Wählern zeigen müssen. Dann werden wir vielleicht einen Verfassungskampf in Dänemark beginnen. Wir wollen versuchen, die Mehrheit des dänischen Volkes zu erobern. Wir wollen in dieser Weise den Klassenkampf weiterführen, um unser letztes Ziel zu erreichen.

Wahrscheinlich werden wir im Herbst auch eine sozialdemokratische Regierung in Schweden bekommen. Wir könnten dieses Jahr auch eine sozialdemo-

fratische Regierung in Finnland und Norwegen haben, wenn nicht die Zersplitterungsarbeit der Kommunisten die Arbeiterbewegung zerstört hätte. Wenn auch die einzelnen Länder klein sind, so würden doch vier sozialdemokratische Regierungen Skandinaviens von Bedeutung nicht nur für die Arbeiterklasse, sondern auch für die ganze internationale Politik sein. (Sehr richtig!)

Wenn ich den herzlichsten Gruß der dänischen Sozialdemokratie übermittle, ist es keine formale Höflichkeit. Es geschieht mit der aufrichtigen Zusage seitens der allerdings kleinen Partei, an der Seite der kämpfenden deutschen Arbeiterklasse zu stehen in ihrem schweren Kampf gegen die eigenen Kapitalisten und gegen den internationalen Kapitalismus. Wir wissen, daß die deutsche Partei schwere Kämpfe durchgemacht hat. Unsere Gegner im Auslande haben gesagt: jetzt ist die deutsche Sozialdemokratie erledigt. Nein, Genossinnen und Genossen, auch wir Sozialdemokraten in Dänemark haben dieselbe Zuversicht zur deutschen Sozialdemokratie wie früher. (Lebhafter Beifall.) Eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Geschichte, mit ihrer Organisation, mit ihren Siegen, ihrer theoretischen und praktischen Bedeutung für die ganze internationale Arbeiterbewegung wird nie eine endgültige Niederlage erleben. Eine Partei mit sechs Millionen Stimmen in einem Wahlkampf des gefährlichsten Doppelfeuers hat nur Siegen und Fortschritten entgegenzusehen. Wenn Sie vielleicht in einigen Monaten Neuwahlen in Deutschland haben, wird auch die Arbeiterklasse in Deutschland von dem bösen Traum des Nationalismus oder des Nationalbolshewismus erwachen. Die deutsche Sozialdemokratie wird dazu imstande sein, der deutschen Arbeiterklasse zu zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie und die internationale Sozialdemokratie der feste Boden ist, auf dem die Arbeiterklasse vom Kapitalismus zum Sozialismus kommen kann, so schnell sie auch will, wenn sie es nur will. (Sehr richtig!) In dieser Ueberzeugung rufe ich Ihnen im Namen der sozialdemokratischen Partei Dänemarks, also fast im Namen der ganzen organisierten dänischen Arbeiterklasse ein Glück auf zu. (Lebhafter Beifall!)

Voogd-Holland (von lebhaftem Beifall begrüßt): Parteigenossen! Obgleich ich von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht ausdrücklich hierher delegiert bin, weil der Parteivorstand nicht wußte, daß ich in Berlin weile, weiß ich doch im Namen der holländischen Partei zu sprechen, wenn ich Ihnen die herzlichsten Grüße des holländischen Proletariats überbringe. (Bravo!) Wenn ich sage „des holländischen Proletariats“, dann heißt das nur: des holländischen sozialdemokratischen Proletariats. Leider haben wir auch in Holland die unselbige Zersplitterung. Auch der Kommunismus hat bei uns sein Unwesen getrieben. Zum Glück haben sie aber die Sache so ungeschickt angefangen, daß sie bei uns zu keiner Bedeutung gekommen sind und auch nicht kommen werden. Ihr unvernünftiges und läppisches Wesen hat sogar das Mißfallen der roten Kardinäle in Moskau erregt, die ihre Vertrauensmänner in Holland die holländischen Efelgeschimpf haben. (Heiterkeit.)

Das holländische sozialdemokratische Proletariat verfolgt dieselben Ziele und geht mit derselben Entschlossenheit vor wie das Proletariat in anderen Ländern. Wir haben eine christliche Regierung. Sie weiß ihr Christentum auf keine bessere Weise zum Ausdruck zu bringen, als indem sie mit einem Flottengesetz kam, das die Militärausgaben um viele Millionen erhöhte. Da hat die Partei mit einer sehr energischen Aktion eingeseht. Wir haben eine umfangreiche Hausagitation entfaltet und dadurch bewirkt, daß mit einer Stimme Mehrheit das Flottengesetz in Holland zu Fall gebracht und die Regierung gestürzt wurde. (Bravo!) Anstatt nun zu versuchen, die Krise in der Weise zu lösen, daß man die demokratischen Kräfte zusammenfaßt, sind die Minister wieder ins Parlament zurückgekehrt und haben gesagt: wir gehorchen nur der Not, nicht dem

eigenen Triebe, aber die Königin hat gesagt, sie kann ohne uns nicht auskommen. (Heiterkeit.) Somit sehen die Minister ihre Arbeit in derselben Weise fort. Es wird eine Gesundung der Finanzen angestrebt, aber leider werden die Arbeiter dabei krank. (Sehr gut.) Das Verhältnis zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden wird durch diese Sanierungsarbeit zuungunsten der arbeitenden Klassen verändert. Dagegen wenden wir uns mit aller Stärke.

Wir wenden uns auch dagegen, daß man den Unterricht verschlechtert, indem man die Lehrergelöhner kürzt, die Schulklassen vergrößert und unbesetzte Lehrkräfte auf die Kinder losläßt. Die christliche Regierung handelt nach dem Bibelwort: selig sind, die geistig arm sind. Wir wissen aber, daß wir ohne Bildung und besseren Unterricht das hohe Ziel der Arbeiterschaft nicht verwirklichen können. Es ist uns gelungen, auch in den Kreisen der christlichen Arbeiter eine Mißstimmung hervorzurufen. Wenn jetzt Wahlen in Holland wären, würden wir beträchtlich verstärkt ins Parlament zurückkehren.

Als einem der Führer der internationalen Jugendbewegung sei es mir vergönnt, ein paar Sätze hinzuzufügen. Sie haben sich vorhin zum Andenken derjenigen Kämpfer erhoben, die durch den Tod Ihren Reihern entziffen wurden. Der Vorsitzende hat die Hoffnung ausgesprochen, daß aus dem jungen Geschlecht neue Kämpfer erstehen, um die Lücken auszufüllen. Ich kann Ihnen versichern, daß die sozialistische Jugendinternationale in allen Ländern ihr Möglichstes leistet, um unter den Jugendlichen des Proletariats die Erziehungsarbeit zu verrichten, die sie später in den Stand setzen soll, die Fackel des Proletariats weiterzutragen. Wir versuchen auf alle Weise, die Jugendlichen auf die großen Aufgaben vorzubereiten. Aber nicht nur auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete verrichten wir diese Arbeit. Uns liegt auch sehr viel daran, daß die demokratischen und Friedensbestrebungen in den jungen Herzen zum Ausdruck kommen, daß ein Heer von Friedensstreitern heranwächst, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Wie wieder Krieg, das ist die Lösung, welche das junge Proletariatsgeschlecht angestimmt hat. (Bravo!) Wir verrichten diese Erziehungsarbeit in demselben Sinne, wie der „Vorwärts“ den Parteitag begrüßt hat. Er hat in seinem Leitartikel die verschiedenen Hemmnisse dargelegt, welche der deutschen Arbeiterbewegung entgegenstehen, und gesagt: es ist an der Zeit, nicht nur das Auge auf die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben des Proletariats zu richten, sondern die Sozialdemokratie ist zugleich eine sittliche Forderung an das Proletariat der ganzen Welt. In diesem Sinne wollen wir auch unsere Jugendarbeit verrichten, indem wir der Jugend sagen: wenn ihr später eine neue Welt aufbauen wollt, müßt ihr erst in euch die alte kapitalistische Welt, die kapitalistische Lebensführung niederreißen. (Zustimmung.) Indem wir so vorgehen, hoffen wir, nicht nur junge Männer und Frauen später zu stellen, welche in den Gewerkschaften und in den politischen Organisationen ihre Pflicht tun, sondern auch, daß sie eine Gesinnung an den Tag legen, die zu schönen Hoffnungen berechtigt, indem sie eine höhere Stufe auch als Menschen in dieser Gesellschaft einnehmen.

Ihre deutsche Jugendbewegung ist der stärkste Verband in unserer Internationalen. Ich wünsche Ihnen Glück dazu. Ich hoffe, daß diese Bewegung noch viel für Sie bedeuten wird. Ich hoffe, daß die grüne Saat, die unter Sturm und Raufen aufwächst, einmal eine Ernte geben wird, über die Sie und wir alle freudig und stolz sein werden. (Lebhafter Beifall.)

Pohl-Tschekoslowakei (von lebhaftem Beifall begrüßt): Von unserem Parteivorstand erhielt ich den Auftrag, Sie zu Ihren Verhandlungen zu beglückwünschen und zu begrüßen. Wenn von irgendeiner Partei dies kein formaler Höflichkeitsakt, sondern wirkliche Herzenssache ist, so von uns, die wir für die deutsche Arbeiterklasse, welche der ganzen Welt führende Geister lieferte, nur

tieffte Verehrung hatten. Für uns ist die Liebe zur deutschen Arbeiterklasse ein Stück Tradition, die auch durch die schweren Erschütterungen der deutschen Arbeiterbewegung uns nicht einen Augenblick verließ. Uns verbindet auch mit der deutschen sozialistischen Partei und mit der deutschen Arbeiterschaft durch den Krieg und durch die Friedensverträge eine wahre Schicksalsgemeinschaft, die die jahrzehntelangen Freundschaftsbände zwischen uns noch fester zusammenfügt. Wenn Sie einmal aller dieser Schwierigkeiten Herr geworden sind, dann vergessen Sie nicht, daß an Ihrer Grenze ein auf hoher Kulturstufe stehendes deutsches Proletariat lebt, dessen Schicksal mit dem Ihrigen verbunden ist. Holt die deutsche Arbeiterklasse zur endgültigen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus aus, so werden Sie unsere kleine Armee als Elite-truppe an Ihrer Seite finden. (Bravo!) Wir, die wir jahrelang arbeiten und noch mehr arbeiten müssen, um die vergangenen Verbrechen an der Arbeiterschaft wieder gutzumachen, unsere Reihen zu formen, die Partei zu konsolidieren; wir verstehen Ihre tausendfältigen Schwierigkeiten und begreifen die Größe Ihrer neuen Aufgabe. Bei unserem Kampf haben wir das Vertrauen zu uns selbst nicht verloren, auch nicht den Glauben an den Sieg des Sozialismus. Wir sind in bezug auf die Zukunft der Arbeiterklasse Deutschlands und der deutschen sozialdemokratischen Partei der besten Hoffnung. Wir verfolgen die Vorgänge bei Ihnen mit leidenschaftlicher Spannung; die Augen unserer Arbeiter blicken in diesem Augenblick nach diesem Saal. Nach unserer Auffassung entscheidet sich nicht nur das Schicksal Ihrer Partei und der deutschen Arbeiterklasse und vielleicht ein Stück Schicksal des Deutschen Reiches hier, sondern das Schicksal der Arbeiterklasse in Europa schlechweg. Daher auch unsere Teilnahme, unsere Liebe und Begeisterung, unsere Glückwünsche für ein fruchtbares Arbeiten dieses Parteitages im Interesse der Partei, des Sozialismus und der Arbeiterschaft. (Bravo! und Händeklatschen.)

Dan (mit Beifall empfangen): Ich überbringe Ihnen den Gruß der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Unsere Partei ist es gewöhnt, mit brüderlicher Aufmerksamkeit das Schicksal der deutschen Partei zu verfolgen, nicht nur weil wir beide aus der unerschöpflichen Quelle unserer Meister Marx und Engels schöpfen, sondern weil unsere Partei von jeher unter dem stärksten Einfluß der deutschen Partei stand und sich unsere Bewegung unter diesem Einfluß entwickelte. Von der deutschen Sozialdemokratie und ihren Führern haben wir die theoretische und praktische Anwendung der Prinzipien des Klassenkampfes gelernt. Namen wie Kautsky und Bernstein, Bebel und Liebknecht, Singer und Auer sind jedem russischen Arbeiter bekannt. Wenn wir trotz des bolschewistischen Terrors und unter ungemeinen Opfern für unsere Organisation in Rußland, wobei Tausende im Kerker und in der Verbannung schmachten, uns behaupten konnten, dann unser Einfluß sogar tief in die Reihen der kommunistischen Partei hineindringt, so verdanken wir das den Prinzipien des Klassenkampfes, der die Unterlage unserer gesamten Tätigkeit bildet.

Aber auch die deutsche Partei hat ein Interesse, mit Aufmerksamkeit das Schicksal der russischen Sozialdemokratie zu verfolgen, obgleich wir jetzt im Vergleich mit der Millionenpartei Deutschlands eine verschwindend kleine Partei sind. Sie sowohl als alle europäischen Parteien haben an dem Krebschaden zu leiden, den der Kommunismus in den Arbeiterreihen bildet. Dieser Schaden in Europa und in Deutschland kann nicht überwunden werden, wenn er nicht an seiner Quelle in Moskau getroffen wird, überwunden nicht durch die rohe Gewalt der Konterrevolution, sondern durch das Wiedererwachen der klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Indem unsere Genossen in Rußland darauf hinarbeiten, sind sie sich bewußt, nicht nur ihrer eigenen Sache zu dienen, sondern dem internationalen Proletariat aller Länder — auf dem schwersten,

gefährlichsten, aber auch dem wichtigsten Posten. Es lebe die deutsche Sozialdemokratie und die internationale Solidarität der sozialistischen Parteien. (Beifall.)

Demin (mit Beifall empfangen): Im Auftrag der ausländischen Delegation der Sozialrevolutionären Partei Rußlands überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße und besten Wünsche für erfolgreiche Arbeit. Ich begrüße Sie zugleich im Namen der Genossen, die wie vor der russischen Revolution wiederum in den Gefängnissen und in der Verbannung schmachten, nur weil sie nicht mit den Methoden der bolschewistischen Partei übereinstimmen. Zugleich danke ich Ihnen im Namen aller derer, die gezwungen waren, ins Exil zu wandern und namentlich durch Vermittlung Ihres hochverehrten Vorsitzenden in Deutschland ein Asyl gefunden haben.

Schwere Jahre liegen seit der Revolution hinter Ihnen, schwere Kämpfe stehen Ihnen bevor. In keinem anderen Lande ist das Verständnis für die Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Sozialdemokratie seit der Revolution zu arbeiten hatte, so groß wie gerade bei uns in Rußland. Bei aller Verschiedenheit der sonstigen Bedingungen war das Grundproblem nach der Revolution bei uns wie bei Ihnen dasselbe, nämlich, ob es gelingen würde, die Bewegung zum Aufbau des neuen Regimes nach der Revolution auf demokratischem Boden durchzuführen oder nicht. In Rußland sind wir geschlagen worden, weil Rußland keine organisierte Massenbewegung vor der Revolution gekannt hat. Die extremistische bolschewistische Bewegung hat gestiegt und zu einem Zustand des völligen Ruins der wirtschaftlichen, geistigen und kulturellen Lage des Landes geführt. Sie waren glücklicher. Fünfzigjährige Organisationsarbeit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet hat Ihnen die Möglichkeit gegeben, den Extremen rechts und links entgegenzutreten und in der republikanischen Verfassung den Weg für die Weiterentwicklung zur Demokratie und zum Sozialismus zu finden. Sie haben leider auch dank der traurigen Lage, namentlich in den auswärtigen Beziehungen, erfahren müssen, daß die Massen oft die Schwierigkeiten der Situation, unter der Sie Ihre politische Tätigkeit ausüben mußten, nicht verstanden und würdigten und daß viele, meistens nach links, zum Teil aber auch leider sogar nach rechts abgewandert sind. Diese Erfahrungen lehrten uns, daß die Methoden der bolschewistischen Bewegung nicht nur eine russische Frage bilden, sondern eine Frage von allgemeiner Bedeutung. Leider ist bei den europäischen Sozialisten oft die Auffassung vertreten, der Bolschewismus sei für Rußland das Richtige, für Europa aber nicht. Sie haben es zu verspüren bekommen, daß die Methoden der Dritten Internationale auch nach Deutschland verpflanzt werden und Ihnen ungeheure Schwierigkeiten verursachen. Als ich z. B. die Schilberung der schimpflichen Szenen bei der Eröffnung des Reichstages in der Zeitung las, dachte ich an Heines Wort: Ich kenne die Weise, ich kenne den Teufel. Ich kenne auch die Herren Verfasser. Das haben wir alle seinerzeit erlebt und das ist alles in Moskau redigiert. Jetzt, wo Sie wieder so schweren Zeiten entgegengehen, ist das Grundproblem, vor dem Sie stehen, die Massen zur Sozialdemokratie zurückzuführen, sie dem Kommunismus wieder abspenstig zu machen. Im Namen meiner Partei wünsche ich Ihnen, daß Ihnen diese Tagung für diesen Kampf, der unvermeidlich bevorsteht, die nötigen Waffen liefert und Sie rüstet zu neuen Kämpfen und neuen Siegen im Interesse der arbeitenden Massen Deutschlands und der ganzen Welt. (Bravo!)

Vorsitzender Wels: Außer den Genossen, die uns eben die Grüße ihrer Partei überbracht haben, haben auch andere unserer gedacht, und haben uns schriftlich und telegraphisch Grüße übermittelt.

Admet Gli, der Vertreter der Partei in Georgien, übermittelt Grüße und stellt in einem längeren Schreiben den Aufstieg der sozialdemokratischen Partei

Deutschlands für eine Notwendigkeit hin, um den unterdrückten Völkern zu helfen. Die jüdisch-sozialistische Arbeiterpartei Poale Zion wünscht erfolgreiche Arbeit zum Wohl der deutschen und internationalen Arbeiterschaft. Ein herzlich gehaltenes Schreiben übermittelt die Jugoslawische Arbeiterpartei, die auf die große Bedeutung unserer Partei für die internationale Bewegung hinweist. Die österreichische Bruderpartei sendet herzliche Grüße, ebenso die Exekutive der tschechoslowakischen Arbeiterpartei, ferner die Genossen der estländischen Sozialdemokratie im Auftrag ihres Zentralkomitees. Die finnländische Partei wünscht besten Erfolg, ebenso die norwegische Arbeiterpartei.

In großer Zahl sind Glückwünsche aus dem Reich eingegangen, die bekanntzugeben unmöglich ist. Ich hebe nur die Glückwünsche des Genossen Adolf Köster hervor, des deutschen Gesandten in Riga.

Außerdem ist ein Telegramm eingegangen, das ich Ihnen nicht vorhalten will:

Hoffend, daß der Parteitag wegweisend in der Bekämpfung der Reaktion von rechts und links wird, wünscht seiner Tagung besten und vollen Erfolg.
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.
Der Bundesvorstand.

(Lebhafter Beifall.) Als vor wenigen Tagen Genosse Löbe im Reichstag darauf hinwies, daß die deutsche Sozialdemokratie im Bunde mit den deutschen Republikanern eine Armee von jungen Leuten aus dem Boden stampfen wird, die bereit und fähig sind, die deutsche Republik zu schützen und zu schirmen gegen die Treibereien der im Stahlhelm und Werwolf zusammengeschlossenen Reaktion, hatte er die Organisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dabei im Auge. In wenigen Monaten haben sich etwa $\frac{1}{2}$ Millionen junger und kräftiger Republikaner unter diese Fahne geschart, in der Mehrzahl Sozialdemokraten, um die deutsche Republik zu schützen. (Lebhafter Beifall.)

Ich sage namens des Parteitages unseren Gästen für ihre herzlichen Glückwünsche unseren besten Dank. Uns alle begeistert ja das gleiche hohe Ideal der Befreiung von dem doppelten Joch der ökonomischen Knechtschaft und politischen Sklaverei. Wir wissen uns alle eins mit den Genossen in der Internationale. Wenn unsere Gäste in ihre Heimat zurückkehren, können sie berichten: die deutsche Sozialdemokratie hat schwere Kämpfe hinter sich, sie ist aber nicht geschlagen. Der Mut der Sozialdemokratie ist ungebrochen, ihr Banner weht in starker Hand, getragen von der Hoffnung der deutschen Arbeiterklasse, den in den Gewerkschaften, den politischen Organisationen und von den in den Genossenschaften zusammengeschlossenen Scharen der Arbeiterschaft. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands steht voll Mut und Kraft in diesem Kampf, weil sie von dem unzerstörbaren Glauben befeuert ist, der einst die Partei geschaffen hat, der sie aus der Sekte heraus zu der Partei entwickelt hat, die in Deutschland trotz der gegenwärtigen Kämpfe und scheinbaren Rückschläge die leitende politische Stellung einnimmt. An der Republik — das sagen Sie den Genossen in den anderen Ländern — halten wir fest und lassen an ihr nicht rütteln, denn der Bestand der deutschen Republik ist die Voraussetzung für den Frieden Europas. (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Republik aber braucht Luft und Licht zum Leben. Wenn eins uns mit Freude und Stolz erfüllt, so ist es die Tatsache, daß aus allen Reden die Erkenntnis hervorklang, daß die Sozialdemokratie in ihrem Kampf um Bewegungsfreiheit für das deutsche Volk, für das jüngste und gequälteste aller europäischen Staatswesen Verständnis bei den Proletariern aller Länder findet. Darum setzen wir alles daran, unsere Schar geschlossen zu halten, die deutsche Sozialdemokratie als das zu bewahren, was sie war und bis zur Stunde ist, die

stärkste und geschlossenste Organisation, das marschbereite Kadre im internationalen Heerhaufen des Proletariats.

Wie auf allen Tagungen zu Beginn und Schluß bringen wir zum Vortrag das Lied der internationalen Massen, in das die Sänger, Gäste und Delegierten miteinstimmen werden zum Gelöbnis unserer Treue für die Internationale.

Der Parteitag stimmt hierauf machtvoll in den Schlußgesang, die Internationale, ein.

Unter der begeisterten Zustimmung des Parteitages schließt hierauf der Vorsitzende Wels die Eröffnungssitzung und bemerkt, daß die Mandatsprüfungskommission zu Beginn der morgigen Sitzung den Delegierten beim Betreten des Saales die Mandate abzunehmen hat.

Schluß der Sitzung 9¼ Uhr.

Zweite Sitzung.

Donnerstag, den 12. Juni 1924, vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender Dittmann: Die Sitzung des Parteitages ist eröffnet. Als Schriftführer bitte ich die Genossen Engelmann-Annaberg, Trinks-Karlsruhe, Martwardt-Lüneburg aufs Bureau. Die Mandatsprüfungskommission tritt nachher zusammen, die Mandate sind ihr zuzustellen.

Es ist folgendes Begrüßungstelegramm aus Riga eingelaufen:

Sozialdemokratie Lettlands sendet herzliche Grüße. Möge der Parteitag beitragen zum baldigen Aufschwung der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands.

Partei Vorstand, Bruno Kalnin.

Ferner ist eingegangen ein Schreiben von der französischen Partei (Bravo!), das in deutscher Uebersetzung lautet:

Liebe Genossen, wir haben Ihre lebenswürdige Einladung vom 27. Mai erhalten, in der wir aufgefordert werden, Ihrem Kongreß beizuwohnen. Leider können wir uns nicht vertreten lassen, denn die Ereignisse in Frankreich sind von außerordentlicher Bedeutung und die gegenwärtige politische Situation ist sehr schwierig. Wir wünschen Eurer Zusammenkunft vollen Erfolg und bitten Euch, von unsern brüderlichen Gefühlen überzeugt zu sein.

Der Generalsekretär: Paul Faure.

(Beifall.)

Wir haben zu dem gestern zurückgestellten Antrag III zu Punkt 3 der Tagesordnung Stellung zu nehmen, zum Bericht der Reichstagsfraktion einem Vertreter der Fraktionsminderheit als Korreferenten das Wort zu geben. Außerdem ist ein von 80 Unterschriften unterstützter Antrag eingelaufen zum Antrag III, den Genossen Dittmann als Korreferenten zu bestimmen. Ich gebe dem Genossen Fleißner zur Begründung des Antrags auf Einsetzung eines Korreferenten das Wort.

Fleißner = Dresden-Briesnig: Parteigenossen und -genossinnen! In der Fraktion des vorigen Reichstags haben über eine Reihe grundsätzlicher Fragen starke Meinungsverschiedenheiten geherrscht, die ihren Ausdruck zum Teil sogar bei Abstimmungen im Reichstage fanden. Andererseits ist die Tatsache, daß die Politik der Partei heute von der Reichstagsfraktion stark beeinflusst wird und daß die Parteigenossen im Reich aber die Verantwortung für diese Politik zu tragen haben, geeignet zu veranlassen, daß wir uns eingehend über diese Dinge unterhalten. Wenn auch der Referent auf diese Vorgänge ein-